

Njet!

Das kommunistische Jugendmagazin

Ecopop.
Fukushima.
Gentechnik.



Warum
es die Grünen
nicht braucht

Umweltschutz mit Klassenkampf verbinden!

Ausgabe Nr. 8
Januar 2015

NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

Inland:

- 04 Ein Ecoflop, aber...
- 05 Wehren wir uns!
- 08 Wie weiter bei NZZ-Print?

International:

- 10 Deutschland steht still
- 12 Das Spiel des Imperialismus
- 14 Kolonialpolitik reloaded

Schwerpunkt:

- 16 Es grünt so grün
- 20 Daseinsberechtigung verloren?
- 21 Konsequenter Umweltschutz ist antikapitalistisch

Theorie & Geschichte:

- 24 Malthus bei den Grünen

Kultur & Trash:

- 28 Kein Geld, kein Ausgang
- 29 Roter Oktober

Erst kürzlich fand in Lima eine UN-Klimakonferenz statt. Es wurde viel verhandelt, es wurde viel diskutiert, es wurde viel geschwafelt. Ein paar Dinge wurden versprochen. Gemacht werden – da können wir uns sicher sein – wird wenig bis gar nichts. Wie viele Klimakonferenzen und Sondergipfel braucht es noch, bis auch die letzten umweltbewussten Menschen einsehen, dass das Kapital kein Interesse an konsequentem Umweltschutz hat?

Weshalb ist das so? Ganz einfach: Das kapitalistische System verursacht die Umweltprobleme, also werden sie darin nicht gelöst werden können. Trotzdem glaubt noch die Mehrheit der Umweltschützer*innen an eine Reform des Systems hin zu einem grünen Kapitalismus. Damit werden sie Teil des Problems, sie wirken systemerhaltend. Die grüne Bewegung hat bewirkt, dass man jetzt im Coop oder Migros Bio-Lebensmittel und CO²-kompensierte Produkte kaufen kann. Es konnte ein Markt geschaffen werden für die gutbetuchten Konsument*innen, die ein grünes schlechtes Gewissen plagt. Wir haben uns in dieser Ausgabe des Njet! mit der politischen Umweltschutzbewegung in der Schweiz befasst. Wir haben uns gefragt, ob mit den Grünen wenigstens mehr Menschen angesprochen werden können, ob die Grünen zur Stärkung der Linken beitragen. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass die Grüne Partei bloss der SP Stimmen streitig macht. Weil wir es nicht ganz fair fanden, die Grünen einfach als unnützlich hinzustellen, haben wir einige junge Vertreter*innen der Grünen zu Wort kommen lassen.

Umgekehrt haben wir uns überlegt wie eine konsequente Umweltpolitik aussieht: Sie muss antikapitalistisch sein. Erst im Sozialismus ist Nachhaltigkeit wirklich möglich.

Wir fordern deshalb alle umweltbewussten Menschen dazu auf, mit uns für den Sozialismus zu kämpfen!

Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Ausgabe Nr. 8, Januar 2015
Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich
c/o PdA Zürich, Postfach 8721, 8036 Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli
PC: 60-729369-5

Gender*Sternchen

Im Njet! verwenden wir das sogenannte Gender*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken. Beim Gender*Sternchen handelt es sich allerdings um eine blosses Formalität. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.



KJ in Aktion!

KJ Schweiz

Am Roten Oktober, dem Bildungswochenende der KJ Bern, fand die Jahresversammlung der Kommunistischen Jugend Schweiz statt. Wir freuten uns, dass wir eine neue Sektion aus dem Kanton Waadt in unserer Mitte begrüßen dürfen. Ebenfalls grossartige Neuigkeiten brachte die Sektion Neuchâtel. Ihre Petition für einen kostenlosen ÖV stiess auf grosses Interesse unter Jugendlichen. Die Mitgliederzahlen der Sektion haben sich dadurch vervielfacht, was wir bezeugen konnten durch die Anwesenheit von vielen neuen Genoss*innen.

KJ Zürich

Am Basar der Partei der Arbeit Zürich hat die KJ einen Vortrag gehalten über die Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in der Schweiz. Wir hörten, wie in der Anfangszeit der Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, als die Sozialdemokratie noch die Interessen der Arbeiter*innenklasse vertrat, die Jungen immer auf eine konsequent revolutionäre und antimilitaristische Politik drängten. Nach dem Krieg schlossen sie sich als Kommunistischer Jugendverband der KP an. Im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs vereinigten sich die kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen wieder. Die vereinigte Sozialistische Jugend wurde aber aufgrund ihrer Radikalität und ihrer Hinwendung zu den Kommunist*innen zusammen mit der KP verboten. 1944 reorganisierte sie sich als Freie Jugend Schweiz, die mit der ebenfalls neuentstandenen PdA zusammenarbeitete. Durch den Antikommunismus verlor sie während dem Kalten Krieg an Bedeutung. In den 70er und 80er Jahren trat dann wieder der Kommunistische Jugendverband auf die Bühne, der mit einigen aufsehenerregenden Aktionen auf sich aufmerksam machte.

Wir danken der PdA für die Gelegenheit, einerseits uns selber unserer Geschichte bewusst zu werden, andererseits den älteren Genoss*innen die Bedeutung einer Jugendorganisation klar zu machen.



«Mut & Solidarität statt Blut & Boden» - Transparent der PvdA Bern an der Kundgebung am 1. November 2014 in Bern gegen die Ecopop-Initiative.
Foto: K.J. Schwegel, 2014

Ein Ecoflop, aber...

Wir können aufatmen: Die Ecopop-Initiative wurde am 30. November von 74.1 Prozent der Wahlberechtigten abgelehnt. Ein kurze Analyse und Kritik.

Das Schlimmste konnte verhindert werden. Im Vorfeld wurde prognostiziert, die Initiative würde mehr als 40 Prozent der Stimmen erhalten. Am Ende wurde sie gerade mal von einem Viertel der Wähler*innen angenommen. Das dürfen wir positiv einschätzen. Aber bei einer Abstimmung zählt nicht nur das Schlussresultat. Auch dieser Sieg muss differenziert betrachtet werden.

Hegemonie der Rechten

Wir müssen nämlich feststellen, dass trotz einer kaum sichtbaren Kampagne, trotz der limitierten Mittel der Initiant*innen und trotz der durchgehenden Ablehnung seitens aller Parteien die Initiative von 25.9 Prozent der Wähler*innen unterstützt wurde. Das ist mehr als bei der Mindestlohninitiative, die von der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Linken Unterstützung erhielt und dennoch am 18. Mai 2014 bachab ging mit kümmerlichen 23.7 Prozent Ja-Stimmen. Dies zeigt, dass es in der Schweiz eine nicht unbedeutende Minderheit gibt,

die bereit ist, jede noch so unsinnige Initiative zu unterstützen, solange sie sich gegen Einwanderung richtet. Diese Tatsache zeugt von der fast totalen Hegemonie, welche die Rechtsextremen, besonders die SVP, heutzutage bei diesem Thema geniessen.

Keine Kursänderung

Ebenso ist es falsch, das Resultat als Kursänderung gegenüber dem 9. Februar zu interpretieren, als die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde. In Wirklichkeit haben sich sowohl die Patrons als auch die sozialdemokratische Linke im Wesentlichen gegen die Vorlage ausgesprochen mit nationalistischen und «wirtschaftsfreundlichen» Argumenten (Rettung der Bilateralen, Bedarf an ausländische Arbeitskräften etc.). Wir werden weiterhin annehmen müssen, dass migrationspolitische Vorlagen auch in Zukunft nicht viel beinhalten, was wir als Verteidiger*innen der Rechte von Migrant*innen unterstützen können.

Emma, Bern



Wehren wir uns!



Die Kommunistische Jugend Zürich wird nächstes Jahr an den Nationalratswahlen teilnehmen. Sie wird dabei ihre politische Arbeit auf den Kreis 11 und 12 konzentrieren. Wir drucken hier ihr Wahlprogramm ab. Viel Erfolg wünscht das Njet!

Kommunistische Jugend Zürich
Wahlprogramm 2015, Kreis 11/12

Für den Kreis 11 und 12

Günstige Wohnungen für die Jugend!

Wohnraum ist knapp. Die Mieten sind hoch. Besonders schlimm sieht es für die Jugend aus. Die Schweiz kennt kein Recht auf Wohnen. Und wo es kein Recht gibt, da gibt es auch keine Hilfe – wenn du wohnen willst, dann musst die Mittel haben, um es zu können. Da der schweizerische Staat das Wohnen nicht regelt, wirst du in deiner Suche nach einer Wohnung auf eine fremde Macht stossen: den Markt. Durchschnittlich kostet die Miete einer 4-Zimmer-Wohnung in der Stadt Zürich 1960 Franken pro Monat, wenn es sich um eine genossenschaftliche Trägerschaft handelt. Bei Privaten kostet eine vergleichbare Wohnung 2600 Franken!

Quartiere werden «aufgewertet». In Wirklichkeit werden dabei gute, billige Häuser leergeräumt, abgerissen oder umgebaut und für einen höheren Preis neu vermietet. Im Kreis 11 und 12 gibt es noch günstige Wohnungen. Wir verlangen, dass das so bleibt und dass nur mit dem Ziel, günstigen Wohnraum zu schaffen, neu gebaut wird. Und damit der Jugend ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben möglich ist, fordern wir Wohnungen speziell für Lehrlinge und Jugendliche in Ausbildung!

Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum für Schwamendingen!

Hier ist wenig los für Jugendliche. «Was wir in Schwamendingen so treiben? Döner essen. Sonst gehen wir in die Stadt», bekommt man zu hören. Und wenn du dann in die Stadt gehst, heisst es entweder «kaufen» oder «zahlen». Der Ausgang kostet, das Kino kostet, die Clubs kosten, Konzerte kosten... Was, wenn wir das alles gratis haben könnten? Schon seit Jahrzehnten träumen die Jugendlichen in Zürich von einem Ort, an dem sie machen und veranstalten können, was sie wollen. Ohne Aufsicht, ohne Bevormundung, ohne Konsumzwang und Kommerz. Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum könnte dieser Ort sein. Wir betonen «selbstverwaltet», denn wir wollen keine Jugendpflege in GZs oder Jugendtreffs, sondern Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Wir schlagen deshalb vor, dass die Stadt der Zürcher Jugend ein Gebäude zur freien Nutzung und Verwaltung übergibt, und zwar am besten in Schwamendingen. Damit hier auch mal was los ist.

Deshalb: KJ wählen!

Für den Kanton Zürich

Garantierte Lehrstellen und Mindestlöhne für Lehrlinge!

2009 gaben Schweizer Unternehmen 5.3 Milliarden Franken für die Ausbildung von Lehrlingen aus. Der Wert der Arbeit von Lehrlingen betrug in dem Jahr 5.8 Milliarden. Entsprechend machten die Unternehmen, nur mit der Arbeit von Berufslernenden, bereits einen Gewinn von 500 Millionen Franken.

Gleichzeitig gibt es zahlreiche Lehrlinge, die im 1. Lehrjahr mit weniger als 400 Franken, im letzten Jahrjahr nicht mehr als 600 Franken verdienen. Eine Unverschämtheit! Davon können wir doch nicht leben!

Wir fordern deshalb, dass der Kanton einerseits dafür sorgt, dass jede und jeder Auszubildende garantiert eine Lehrstelle bekommt, andererseits dass ein Mindestlohn für alle Lehrlinge eingeführt wird. Im 1. Lehrjahr soll der Lohn in allen Branchen mindestens 500 Franken betragen, danach 750 Franken und im 3. Lehrjahr 1000 Franken.

Abschaffung von Prüfungen und Noten!

Wer kennt das nicht? Frühmorgens geht man in die Schule und es graut einem vor der nächsten Prüfung oder dem nächsten Vortrag. Viele Schüler und Schülerinnen leiden unter diesem Leistungsdruck. Es ist das Prinzip der Leistung im Kapitalismus, das uns den Weg in die Schule zur Qual werden lässt. Wir bekommen schon in der Primarschule Noten für unsere Leistungen. Wir Schüler und Schülerinnen werden nach Zahlen klassifiziert, solange bis wir denken, wir könnten nicht anders beurteilt werden als in Zahlen. Diese Zahlen haben weder Aussagekraft über deine Fähigkeiten, noch helfen sie dir, deine Schwächen zu korrigieren. So ist man, wenn man einen «Dreieinhalber» hat, automatisch schlecht oder unbegabt in diesem Fach.

Eigentlich sollte Schule ein Ort der Bildung sein, wo jede individuelle Fähigkeit gefördert und auch gefordert werden kann. Aber so wie es jetzt ist, wird jegliche Individualität missachtet, so dass jede Person eine Note ist und sich dem System unterordnen muss.

Deshalb gehören Prüfungen und Noten abgeschafft! Dazu gehören auch die Gymiprüfung und die Maturität: Wer ins Gymi will, soll ins Gymi gehen können; wer studieren will, soll studieren!

Und nochmals: KJ wählen!





Zentrale der NZZ. Ansicht vom Sechselfeldutenplatz. Foto: roland zh. Zürich, 12.03.2014.

Wie weiter bei NZZ-Print?

Der NZZ-Konzern will seine Druckerei in Schlieren schliessen und bis zu 125 Arbeiter*innen entlassen. Die Gewerkschaften werden dennoch gebeten, «Vorschläge zu erarbeiten, wie Kündigungen vermieden werden können».

Der Kurs der NZZ-Aktie schnellte in die Höhe, als die Konzernleitung Ende November mitteilte, den Druckereistandort Schlieren (ZH) per Ende Juni 2015 dichtzumachen. Die «NZZ» und deren Sonntagsausgabe würden künftig bei der Konkurrentin Tamedia gedruckt. Diesbezüglich existiere bereits ein «langfristig bindender» Vertrag. Der Schliessungsentscheid wird mit dem anhaltenden Strukturwandel der Medienbranche begründet. So sei die Auflage der gedruckten Ausgabe seit 2008 um 36'000 Exemplare gesunken, wovon aber 18'000 durch digitale Abos ersetzt worden seien. Im Druckereigewerbe gebe es zudem «erhebliche Überkapazitäten». Ein zweistelliger Millionenbetrag wäre laut NZZ zu investieren, um die 1989 erbaute Druckerei zu erhalten, was sich «wirtschaftlich nicht rechtfertigen» lasse. Den Konkurrenzdruck massgeblich erhöhen dürfte wiederum Tamedia. Wie die «Handelszeitung» berichtete, verfügt Tamedia über eine neue Druckmaschine mit enormer Kapazität. Mit günstigen Produktionskosten soll ein Sog im Druckereimarkt erzeugt werden. Tamedia könnte so seine Vormachtstellung ausbauen und die Branche weiter monopolisieren. Das Angebot scheint so attraktiv, dass nun auch die NZZ, deren Traditionsbewusstsein und Eigenständigkeit oft betont wurde, gewillt ist, sich «an das veränderte Marktumfeld anzupassen».

Branche in der Krise

Dass der Zeitungsmarkt, besonders dessen Printbereich, zunehmend Einbussen zu verzeichnen hat, ist bekannt. Laut Viscom, dem Unternehmervverband der grafischen Industrie, haben sich die Beschäftigtenzahlen wie folgt reduziert: Vor 25 Jahren beschäftigte die Branche 70'000 Arbeiter*innen, 2013 waren es noch 18'000. Der Schliessungsentscheid kommt in Schlieren weder unerwartet noch alleine. Fast zeitgleich kündigte die Société neuchâteloise de presse (SNP) an, ihren Standort zu schliessen, 31 Entlassungen vorzunehmen und den Druck an eine Tamedia-Tochter nach Lausanne auszulagern. Ebenfalls werden in Appenzell zwei Druckereien zusammengelegt. Abgänge sollen über die natürliche Fluktuation bewältigt werden.

Die Krise der Branche ist indes nicht nur auf die technischen Umwälzungen und auf die Digitalisierung zurückzuführen. Die Konzentrationsprozesse profitorientierter Medienunternehmen zwingen zu ökonomischer Rationalisierung in allen Bereichen. Aus dieser Position der Schwäche ist es freilich eine Herausforderung, Arbeiter*innenforderungen durchzusetzen. So klagt die Gewerkschaft syna: «Die einst stolze Branche, mit Vorzeigecharakter, mit einem der fortschrittlichsten Gesamtarbeitsverträgen, den die Schweizer Arbeitswelt hatte, zeigt gnadenlose Auflösungserscheinungen.» Ob aber solche in

Nostalgie schwelgenden Wehklagen zu Erfolgen führen, darf bezweifelt werden.

«Vorschläge erarbeiten!»

Die Gewerkschaften syndicom und syna empören sich, weil sie nicht früher informiert wurden und den NZZ-Entscheid via Medien erfahren mussten. Sie wünschen, bei Schliessungsentscheiden in ein vorgängiges Konsultationsverfahren miteinbezogen zu werden, so wie es der bis 2015 geltende Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vorschreibe. Nur sei der GAV mittlerweile derartig schwammig geworden, dass sich die Unternehmer*innen nicht mehr daran halten würden. Die Rede ist vom selben GAV, den die Gewerkschaften selbst akzeptiert und unterzeichnet haben. Dafür gab es verschiedentlich Kritik. Eine «Kapitulation auf ganzer Linie» bezeichnete etwa Syndicom SOS, eine Gruppe von kritischen Basisgewerkschafter*innen, die Haltung der Gewerkschaftsführung in dieser GAV-Verhandlung. Berechtigt ist hingegen die Empörung der Gewerkschaften, wenn diese aufgefordert werden, Vor-

schläge zur Arbeitsplatzzerhaltung zu erarbeiten. Der Deal mit Tamedia steht ja bereits. Der NZZ-Konzern bedient sich hiermit einer beliebten Strategie: Die Lohnabhängigen werden als gleichberechtigte Teile des ganzen Unternehmens gezeichnet. Nicht bloss das Management soll sich um die Arbeiter*innen kümmern. Sie selbst sind dazu aufgerufen, ihr Schicksal zu schmieden. Urplötzlich sollen sich die Arbeiter*innen um die Unternehmensführung sorgen und strategische Vorschläge zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze liefern. Produktivitätssteigerung und Kostensenkung als Arbeiter*innenforderung? Auch das würde nicht verhindern, dass im Kapitalismus der technologische Fortschritt die Einkommensquelle der Lohnabhängigen bedroht. Erfolgsversprechender sind Kampfmassnahmen, die dem Unternehmen ernsthaften Schaden zufügen. Wie etwa der Arbeitskampf bei ARO-Druck 2003 gezeigt hat, sind den Unternehmen nur durch ökonomischen Druck akzeptable Abfindungen abzuringen.

Jonas, Winterthur



Der erste Bundesrat. Damals war er vollständig in den Händen der bürgerlichen FDP. Heute ist die liberale Partei fast nur noch ein Anhängsel der SVP. Die wichtige NZZ ist aber noch immer die Zeitung der FDP. Nur wer Mitglied der FDP ist oder sich zur bürgerlich-liberalen Grundhaltung bekennt, ohne Mitglied einer anderen Partei zu sein, kann Aktionär*in des Medienkonzerns werden. Grafik: Zentralbibliothek Solothurn, 1848.



Anzeigetafel im S-Bahnhof Stellingen anlässlich des GDL-Streiks im November 2014. Foto: Joachim Müllerchen, 07.11.2014.

Deutschland steht still

Streik bei Lufthansa. Streik bei der Deutschen Bahn. In Deutschland kam es im Jahr 2014 zu massiven Arbeitsausständen. Dabei kämpften die Streikenden um die Beibehaltung der grundlegendsten Arbeitsrechte.

Die Empörung war gross, als die Flugzeuge der Lufthansa in Deutschland Anfang April auf dem Boden blieben. Die Empörung wuchs, als es zu weiteren Streiks kam und auf die Pilot*innen die Lokführer*innen folgten. Deutschland stand zeitweilen still und die Schuldigen waren schnell gefunden: «Luxus-Piloten» und «Amok-Bähnler» würden ihre Forderungen auf dem «Rücken der Reisenden» durchdrücken wollen, hiess es. Unerwähnt blieb jedoch weitgehend, dass die Arbeiter*innen mit ihren Ausständen nicht «nur» um die eigenen Arbeitsbedingungen kämpften. Sondern um die Rechte aller.

Drohende Einschränkung des Streikrechts

Die deutsche Regierung plant, das Mitsprache- und Streikrecht der Arbeiter*innen durch ein neues Gesetz zu beschneiden. «Tarifeinheitgesetz» nennt sich dieses Verdikt von SPD-Ministerin Andrea Nahles, mit dem für «Harmonie» in der Arbeitswelt gesorgt werden soll. Konkret geht es darum, kleineren Gewerkschaften und deren Mitgliedern das Recht

auf eigene Tarifverträge (ähnlich den Gesamtarbeitsverträgen in der Schweiz) zu entziehen. Während heute innerhalb eines Betriebs mehrere Gewerkschaften für dieselbe Berufsgruppe verschiedene Tarifverträge abschliessen können, soll in Zukunft – bei «Streitigkeiten» – nur noch derjenige Vertrag gültig sein, der von der mitgliedsstärkeren Gewerkschaft abgeschlossen wurde. Das Nachsehen hätten «Minderheitsgewerkschaften» wie die Pilotengewerkschaft «Cockpit» sowie die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL). Ihre Mitglieder würden einem Tarifvertrag unterstellt, der nicht ihren selbst formulierten Interessen entspricht. Zur Wehr setzen könnten sie sich dagegen nicht.

Das «Tarifeinheitgesetz» wäre in der Konsequenz ein Mittel zur Entmachtung der Arbeiter*innen. Und ein geeignetes Instrument, um Fortschritt zu verhindern. Denn in der Vergangenheit war es gerade die Sparten-Gewerkschaft GDL, die im Bahnbereich für die Stärkung der Belegschaft sorgte. Bereits im Jahr 2008 hatte die Lokführer-Gewerkschaft mit massiven

Streiks deutliche Lohnerhöhungen errungen und dabei – durch ihr kämpferisches Auftreten – grossen Zulauf erhalten. Vor allem durch Beschäftigte, die bis anhin bei der GDL-Konkurrentin, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, organisiert waren. Die EVG hatte bereits seit längerem mit dem Management der Deutschen Bahn kooperiert und führte ihre Verhandlungen auf dem Boden der Sozialpartnerschaft weitgehend ohne grössere Streiks durch. Mit dem Tarifeinheitsgesetz würde sie Aufwind bekommen. Und die kleinere – durch kämpferisches Auftreten für «Streitigkeiten» sorgende – GDL handlungsunfähig gemacht.

Mangelnde Unterstützung

Das «Tarifeinheitsgesetz» darf nicht kommen – das schwang bei den Ausständen in der jüngsten Vergangenheit stets mit. Medial thematisiert wurde das jedoch kaum. Stattdessen schoss man sich auf die streikenden Arbeiter*innen und deren «Anführer*innen» ein. So wurde GDL-Chef Claus Weselsky in der medialen Öffentlichkeit an den Pranger gestellt, als wäre er der Staatsfeind Nr. 1. An vorderster Front: Die Springer-Presse. Aus Anlass des 64-stündigen Bahnstreiks titelte die Berliner Zeitung am 5. November: «Megastreik – wenn sie Fragen oder Probleme haben, rufen sie doch GDL-Chef Weselsky an». Darunter dessen Telefonnummer. Doch nicht nur den Medien aus dem Hause Springer diente der GDL-Chef als eine dankbare Projektionsfläche. Die renommierte Zeitung FAZ bezeichnete Weselsky als «Separatist mit Zugkraft und Spass an der Macht» und konstatierte: «Seine Lokführer folgen ihm, dem Leitwolf, fast blind».

Während in Deutschland der grösste Ausstand in der Bahngeschichte herrschte, wurde Arbeiterfeindlichkeit wieder salonfähig. Schützenhilfe bekamen die Streikenden auch seitens Politik und Gewerkschaften nicht. Zusammen mit der CDU forderte die SPD einen sofortigen Stopp der Streikpläne. Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB wiederum hüllte sich in Schweigen. Der DGB hatte im Jahr 2010 das Vorhaben «Tarifeinheit» begrüsst und sich damit – wenn auch aus anderer Motivation – mit den Arbeitgeberverbänden in eine Reihe gestellt und unterstützt das Vorhaben, jedoch mit Einschränkungen, auch jetzt noch. Tatsächlich ist die Tarifeinheit – nach dem Motto «ein Betrieb, ein Tarifvertrag, eine Gewerkschaft» – gerade für die Arbeitenden ein nicht zu unterschätzender Wert. Die Aufspaltung einer Belegschaft unter mehrere Verträge, diverse Gewerkschaften und verschiedene Arme desselben

Konzerns hat sich gerade historisch und gerade in Deutschland als gewaltiges Hemmnis für die Arbeiter*innenklasse erwiesen. Dennoch irrt der DGG, der gerade dieses Argument heranzieht, um seine Zustimmung zum Gesetzesvorhaben zu begründen. Denn eine wirkliche Tarifeinheit – ganz im Gegensatz zur Beschneidung des Streikrechts – ist im Nahles-Entwurf gar nicht vorgesehen: Auch künftig soll es Konzernen frei stehen, die Belegschaft willkürlich in ausgegliederte Sparten einzuteilen und sie somit zu spalten. Absehbar ist auch, dass gerade dieser Vorgang künftig genutzt wird, um der jeweils «zahmeren» Gewerkschaft die entsprechende Mehrheit im Betrieb zu schaffen und für «Ordnung» im Konzern zu sorgen. In der Praxis werden das DGB-Gewerkschaften wie die EVG sein. In der Haltung des Gewerkschaftsbundes zum «Tarifeinheitsgesetz» dürfte dem wohl eine grössere Rolle zugekommen sein als der Überlegung, wie mehr Arbeitskämpfe geführt werden können. Dennoch regt sich auch dort Widerstand: Drei DGB-Organisationen, darunter die bedeutende deutsche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, kämpfen gegen das «Tarifeinheitsgesetz» an.

Kraftprobe geht weiter

Trotz des Widerstands könnte sie nun aber wahr werden, die Befürchtung, dass kleinere Gewerkschaften künftig keine Tarifverträge mehr aushandeln und erstreiken dürfen. Am 12. Dezember hat das Bundeskabinett das Gesetz zur Tarifeinheit beschlossen. Es soll, nach parlamentarischen Verhandlungen, im Sommer 2015 in Kraft treten. Die Antwort auf den politischen Entscheid folgte prompt. Die Pilotengewerkschaft «Cockpit» bezeichnete das Gesetz als «gezielte Rechtsunsicherheit» und kündigte – nachdem sie gerade erst ihren zehnten Ausstand in diesem Jahr beendet hatte – neue Streiks an.

Auch auf den Schienen dürfte der Arbeitskampf bald wieder Fahrt aufnehmen. Unterstützung erhält der GDL dabei nun auch aus den eigenen Reihen. Der Deutschen Beamtenbund, bei dem die GDL Mitglied ist, kündigte nach dem Beschluss über die «Tarifeinheit» einer «der schlimmsten Arbeitskämpfe aller Zeiten» an. Sollte die Deutsche Bahn der Forderung nicht Folge leisten, kommt es zum Showdown. «Im Vergleich zu dem, was uns dann bei der Bahn bevorstehen wird, war alles Bisherige nur Kinderkram», so Russ. Die Kraftprobe um das Arbeitsrecht geht 2015 in die nächste Runde.

Patricia, Bern



Studentinnen protestieren vor der Sana'a-Universität gegen das Regime.
Foto: Noor Al-Hassan, Sana'a (Jemen), 01.03.2011.

Das Spiel des Imperialismus

Seit der «Arabische Frühling» 2011 auch den Jemen erfasst hat, ist das Land im Umbruch. Durch seine geostrategische Bedeutung im Süden der arabischen Halbinsel mischen die imperialistischen Mächte natürlich kräftig mit.

«Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 Zwangsmassnahmen gegenüber Jemen sowie gegenüber natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen, die durch ihr Handeln den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in diesem Staat direkt oder indirekt untergraben, erlassen.» So steht es in einer Medienmitteilung, die kürzlich vom Bund herausgegeben wurde. In letzter Zeit häufen sich Artikel mit Überschriften wie «Mordanschlag im Jemen», «Amerikanische Geisel im Jemen getötet» oder «Jemen: Terroristen zielen auf Schüler». Was spielt sich ab in diesem Land mit 26 Millionen Einwohner*innen, das im Süden der arabischen Halbinsel liegt?

Geostrategische Interessen

Neben Ressourcen wie Erdöl und Erdgas bietet der Jemen auch Zugang zur Meeresstrasse Bab al-Mandab, der wichtigste Durchgangsstelle für Erdöl aus dem Mittleren Osten. Jeden Tag laufen drei Millionen Barrel Erdöl durch diese Meeresstrasse, was besonders interessant ist für die USA, seit sie eine Militärbasis auf Dschibuti errichtet haben. Ebenso gibt ihm seine Nähe zu Saudi-Arabien, dem grössten Erdölexporteur der Welt und wichtiger Verbündeter der USA, eine fundamentale strategische Bedeutung.

Die Interessen der USA wurden bisher ausreichend durch den jemenitischen Präsidenten 'Ali 'Abdullah Saleh gewahrt, der dreissig Jahre lang an der Macht war. Als Verbündeter der Yankees war Saleh seit 1978 Machthaber Nordjemens, ab 1990 nach der

Vereinigung vom Norden mit der südlichen Volksrepublik Jemen auch vom Rest. Der Sturz seines korrupten und vom Volk verhassten Regimes war denn auch das Ziel des Volksaufstands von 2011.

Auch im Jemen fand ein «Arabischer Frühling» statt. Den Massendemonstrationen der Jemenit*innen wurde mit blanker Gewalt geantwortet. Sie hatten gegen die schlechte soziale und wirtschaftliche Lage des Landes protestiert. Der Jemen ist schliesslich das ärmste Land im arabischen Raum. 2011 lebten 42 Prozent der Einwohner Jemens unter der Armutsgrenze. Ein Grossteil der Bevölkerung hat keinerlei Zukunftsperspektive: 2010 betrug die Arbeitslosigkeit 34 Prozent.

Die Bevölkerung stellte sich aber genauso gegen die Anwesenheit der US-Truppen im Land und gegen die Beteiligung Salehs am «Krieg gegen den Terror», der innerhalb der jemenitischen Bevölkerung keineswegs Zustimmung erhält. Man darf nicht vergessen, dass der Jemen (neben Bahrain und Saudi-Arabien) einer der Stützpfiler der US-Herrschaft in der Region ist. Die vergangenen und gegenwärtigen Einmischungen der USA wurden von der Bevölkerung häufig – mit Recht – als Ursache für die Probleme des Landes wahrgenommen und diese Einschätzung hat dementsprechend eine Rolle im Aufstand gespielt.

Vorwand: Islamismus

Nach und nach ist es dem Regime gelungen, die friedlichen Demonstrationen in einen Bürgerkrieg ausarten zu lassen. Es profitierte von der allgemei-

nen Verwirrung, die durch die Verflechtungen zwischen den herrschenden Stämmen, den wichtiger werdenden Islamist*innen und den historischen Spaltungen im Land entstanden ist. Der «Krieg gegen den Terror» konnte dadurch vom Regime als Vorwand genutzt werden, um die exzessive Repression gegen die Demonstrant*innen zu rechtfertigen. Statt den Diktator Saleh und seine Repression zu verurteilen, haben die USA und die Golfmonarchien einen antidemokratischen «Übergang» in die Wege geleitet, der einen Wechsel auf der Oberfläche und gleichzeitig die Erhaltung der Diktatur zur Folge hatte. Der neue Präsident 'Abd Rabbuh Mansur Hadi, der mit 99,8 Prozent der Stimmen «gewählt» wurde, war die rechte Hand von Saleh gewesen und der einzige Kandidat der Wahl. Saleh seinerseits konnte im Juni 2011 nach Saudi-Arabien fliehen.

«Jedes Mal wenn ein Regime, dass von Washington unterstützt wird, bedroht ist, tauchen Terroristen auf.» So drückte es Mohammed Hassan, ein Kenner der Arabischen Welt, 2010 in einem Interview aus. In diesem Fall ist es der Aufstieg der «al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel» (AQAH), welche für das Regime und die USA erhalten muss, um die brutale Repression gegen die Protestbewegung und die Anschläge mit Drohnen durch die US-Armee (welche unter der Obama-Administration vermehrt eingesetzt werden) zu rechtfertigen. Islamist*innen, die in Libyen und Syrien unterstützt worden sind, werden nun als Bedrohung dargestellt, weil ihre Interessen nicht mehr mit denen des Westens zusammenfallen.

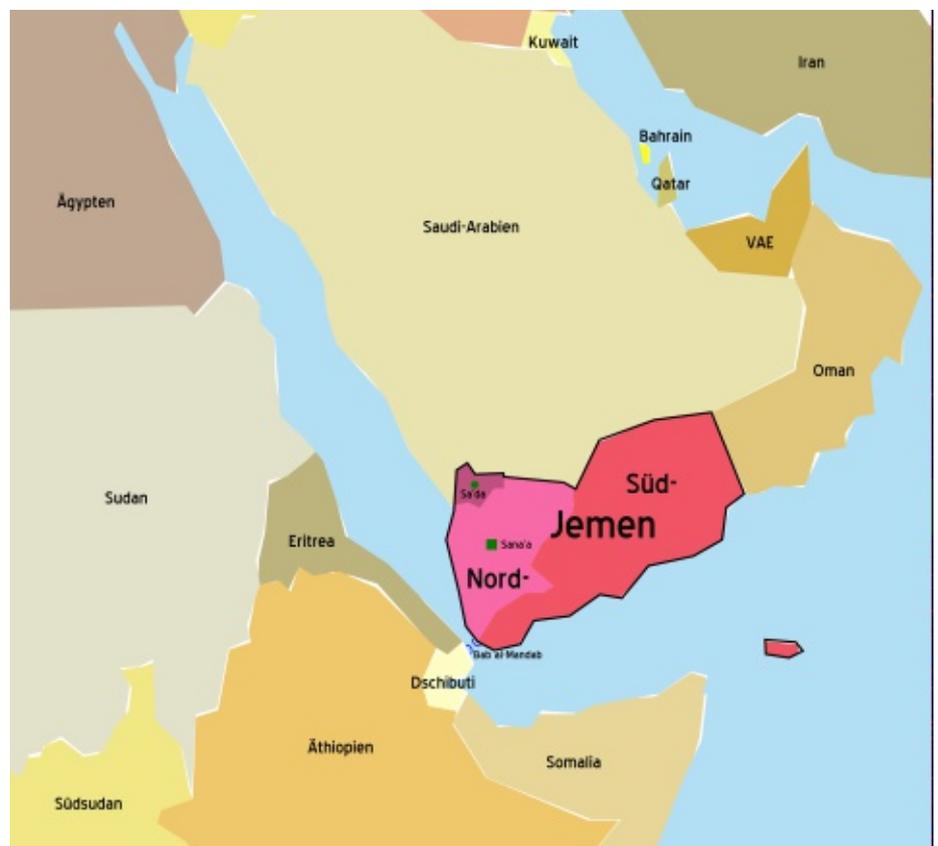
Ein Staat in Auflösung

Der Jemen ist so gespalten wie nie zuvor und der Imperialismus setzt genau auf die ethnischen Spannungen, um die Destabilisierung der Region voranzutreiben. Im Norden bieten die Huthi-Rebellen*innen¹ dem Regime seit Jahren die Stirn. Obwohl ihre Hochburg die Stadt und das Gouvernement Sa'da im Nordwesten Jemens umfasst, konnten sie in Windeseile im restlichen Land vorrücken. Nachdem sie am 21. September 2014 die Kontrolle über die Hauptstadt Sana'a übernommen haben, setzten sie ihren Vormarsch im Land fort und gingen auf Konfrontations-

kurs mit der AQAH und den sunnitischen Stämmen. Im südlichen Teil des Landes, der eine progressive Vergangenheit vorweisen kann, ist die stärkste oppositionelle Kraft die «Südliche Bewegung», al-Hirak genannt, die die Unabhängigkeit des Südens fordert. Neben der Ablehnung der wirtschaftsliberalen und prowestlichen Politik des Regimes anerkennt der al-Hirak die Wiedervereinigung des Landes von 1989 nicht, die er vielmehr als Annexion betrachtet, und fordert das Selbstbestimmungsrecht der Südjemenit*innen. Die Separatist*innen des Südens wie die Huthis widersetzen sich der Aufteilung des Jemens in eine Föderation mit sechs Regionen, wie es den Teilnehmer*innen des Nationalen Dialogs vorschwebt. Letzterer hat angesichts der jüngsten Ereignissen jegliche Legitimität und jede Chance auf Erfolg verloren.

Es lässt sich momentan nicht eindeutig abschätzen, wie sich die Situation im Jemen weiterentwickeln wird. Der Fall Jemen illustriert aber klar die Strategie des US-Imperialismus (und die des westlichen Imperialismus im Allgemeinen) gegenüber dem «Arabischen Frühling». Er zeigt, wie eine potenziell revolutionäre und für den Imperialismus ungünstige Situation auf den Kopf gestellt wird, um ein ganzes Land zu destabilisieren.

Amanda, Neuchâtel



Wie Deutschland war auch der Jemen bis Ende der 80er Jahre geteilt: In ein sozialistisches Südjemen und ein kapitalistisches Nordjemen. Die Teilung hat Auswirkungen bis heute. Grafik: KJ Schweiz, 2014.

¹ Die Huthis gehören einem Zweig der islamischen Schi'a an. 45 Prozent der jemenitischen Muslim*as sind schi'itisch, 55 Prozent sunnitisch.



Eine Uran-Raffinerie des mächtigen französischen Areva-Konzerns. Das Uran kommt aus dem Niger.
Foto: Mourins, Narbonne (Frankreich), 16.10.2009.

Kolonialpolitik reloaded

Das Sommerloch nutzend hat der französische Präsident François Hollande im Juli die Operation «Barkhane» verkündet und ab dem 1. August 3'000 Soldat*innen in fünf Sahelstaaten stationiert. Aus der Intervention in Mali ist nun eine ständige Militärpräsenz Frankreichs in Afrika geworden. Die Medien wischten die Sache unter den Teppich, die Öffentlichkeit war in den Ferien.

Die Operation «Barkhane» kam nicht aus dem Nichts. Bereits Anfang 2014 hatte Verteidigungsminister Le Drian angekündigt, den Kontinent mit einem breiten Band aus Militärbasen zu überziehen. Das Ganze soll verstärkt werden durch ein mobiles Kontingent, das in der Lage sein soll, «diskreter von einem Punkt zum anderen zu springen». Wird es dann in Zukunft zu militärischen Einsätzen kommen, sollen die Behörden der betroffenen Länder nur noch informiert werden.

Das Vorhaben wurde wahr gemacht. Konkret sieht die Operation jetzt folgendermassen aus: Neben dem Hauptquartier in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena werden sechs weitere Militärbasen eingerichtet in Burkina Faso, Mali, Mauretanien und Niger. Die Operation ist mit zwanzig Helikoptern, sechs Kampffjets, zehn Transportflugzeugen und mehreren Drohnen ausgerüstet. Die Verantwortung für «Barkhane» trägt General Palasset, der bereits ausgiebig Kriegserfahrung mit der Intervention in der Elfenbeinküste von 2010 und in Afghanistan sammeln konnte.

Krankes Frankreich

Über die Kosten der militärischen Einrichtungen wird nicht viel gesagt. Die Frage stellt sich: Kann sich Frankreich ein solches Unterfangen überhaupt leisten? Die ökonomische Situation Frankreichs sieht nicht gerade glänzend aus und schon länger wird es als der neue «kranke Mann Europas» bezeichnet. Der Einsatz dürfte politisch äusserst riskant sein für Präsident Hollande, wenn man bedenkt, dass die

Bevölkerung noch immer unter der Wirtschaftskrise und der Sparpolitik leidet. So gesehen war der Zeitpunkt der Bekanntgabe der Operation ziemlich geschickt gewählt: Die Berichterstattung in den Medien war kaum wahrnehmbar, das öffentliche Interesse gering. Ein weiterer Faktor besteht vermutlich darin, dass die nun abgeschlossene Operation «Serval» – die Militärintervention in Mali – von der französischen Regierung als Erfolg vermarktet wird. Laut dem Verteidigungsminister seien die Ziele jener Operation erfüllt worden. Die Terrorist*innen seien eliminiert und ihre Waffenlager aufgelöst worden. Jetzt soll bloss das Wiedererstarken der Dschihadist*innen verhindert werden. Ein Hohn, wenn man sich die gegenwärtige Lage in Mali ansieht. Weder Frieden noch Sicherheit sind in das Land eingekehrt. Die Tuareg-Separatist*innen sind stärker als vor der Intervention. Und die Dschihadist*innen sind bloss geschwächt, nicht besiegt. Nachdem die al-Qaidanahen Kämpfer*innen vorübergehend in den Niger und Libyen abgetaucht waren, sind sie in kleineren Einheiten im Norden Mali wieder aktiv geworden. Aus dem offenen Krieg wurde ein Schattenkrieg. Auch konnten bislang die staatlichen Strukturen Malis in der Region nicht wiederaufgebaut werden. Beispielsweise die Stadt Kidal ist fest in den Händen von Tuareg-Rebell*innen. Als malische Regierungstruppen im Mai 2014 die Stadt erobern wollten, erlitten sie ein blutige Niederlage. Nicht nur für die malische Regierung, auch für Europa wäre die Angelegenheit peinlich gewesen, hätte der Westen davon Notiz genommen: Die Truppen waren von den

Europäer*innen ausgebildet worden, besonders Deutschland war stark in das Trainingsprogramm involviert.

Die Probleme Malis

Die Probleme der Region sind komplexer, als dass man deren Ursache dem «Islamismus» und «Terrorismus» zuschieben könnte. Hier vermischen sich organisierte Kriminalität mit Separatismus, mit religiöser Hetze und staatlicher Korruption, und dann gibt es natürlich noch die erdrückende Armut der Bevölkerung. Die französische Aggression hat keine dieser Elemente, die in die Krise geführt haben, beseitigt. Die malische Regierung hat ihrerseits auch kaum versucht, eine Lösung der Krise im Norden des Landes zu finden. Ibrahim Boubacar Keïta, der 2013 im Eiltempo gewählte Präsident von Mali, hat sich ein kostspieliges Privatflugzeug genehmigt, hat Ämter und Posten auf Familienmitglieder verteilt, anstatt dass er auf die sozialen und politischen Forderungen des Nordens eingegangen wäre.

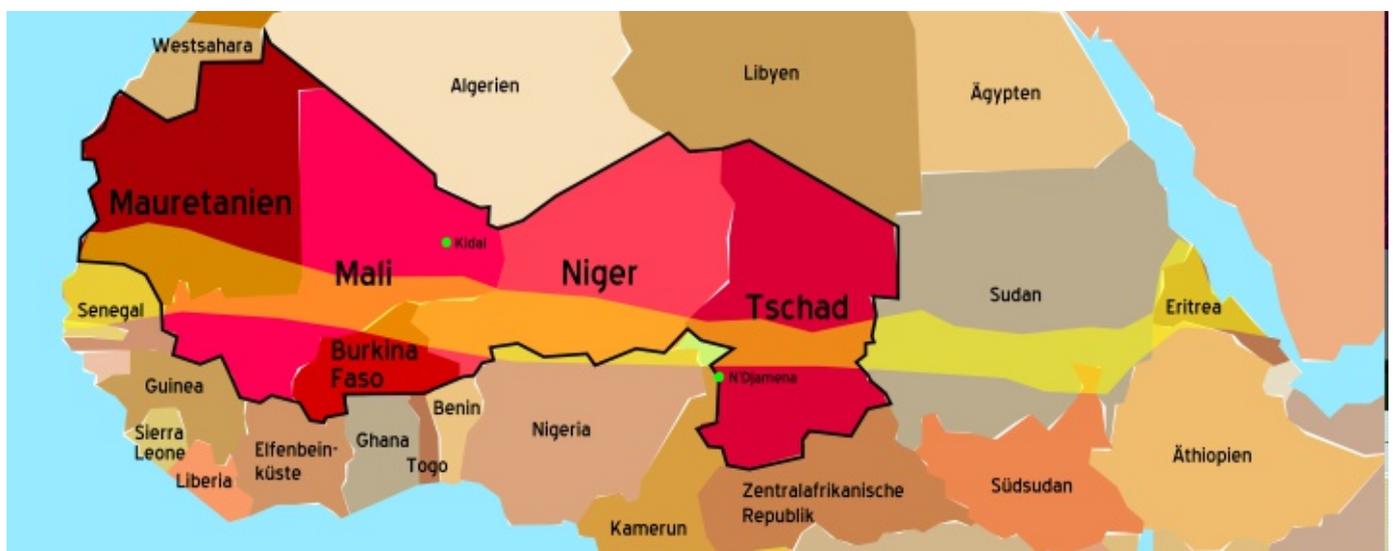
Zu Beginn begrüßte ein nicht unbedeutender Teil der malischen Bevölkerung den Eingriff der Franzö*innen. Neueren Umfragen zufolge hat sich aber bei der grossen Mehrheit die Dankbarkeit in Misstrauen gewandelt. Das Schwenken von Trikolorfähnchen beim Einmarsch der ehemaligen Kolonialmacht war wohl bloss ein Zeichen für fehlendes politisches Bewusstsein der Menschen. Das hat sich geändert. Heute warnen malische Oppositionelle wie die Globalisierungskritikerin Aminata Traoré vor dem französischen Eingreifen, vor Operationen wie «Serval» und ihrer Fortsetzung «Barkhane». Man dürfe Ursache und Folge von Dschihadismus nicht verwechseln. Sie wies darauf

hin, dass es die Militarisierung der Sahelregion im Namen des von den USA geführten «Globalen Antiterrorkriegs» war und besonders die vor allem von Frankreich betriebene Zerschlagung Libyens 2011, welche die Bedrohung des Dschihadismus erst geschaffen haben. Die wahren Probleme des Sahel seien sozialer Natur und militärisch nicht zu lösen.

Uran aus dem Niger

Präsident Hollande hat den Beginn der Operation «Barkhane» während seiner dreitägigen Afrikareise angekündigt. Begleitet wurde er von einer grossen Delegation französischer Unternehmen. Die Interventionen werden mit der bedrohten Sicherheit Frankreichs und Europas begründet. Es gibt allerdings zu denken, dass beispielsweise in der Elfenbeinküste 800 französische Konzerne, darunter auch multinationale wie Orange, Bouygues und Biororé, tätig sind. Und besonders der Niger spielt für Frankreichs Wirtschaft eine zentrale Rolle: Der französische Atomkonzern Areva fördert im Niger 40 Prozent des Uranbedarfs von Frankreich. Mit einem Atomstromanteil von 70 Prozent würde dem Land ohne diese Rohstoffquelle bald das Licht ausgehen. Seit längerem haben die beiden Staaten über ein neues Bergbaugesetz verhandelt, wonach Areva statt wie bisher 5.5 Prozent Steuern neu 12 Prozent zahlen muss. Im Mai wurde bekannt gegeben, dass sich die nigrische Seite durchsetzen konnte. Aber zu welchem Preis? Könnte das Einlenken Frankreichs etwas mit «Barkhane» zu tun haben, schliesslich hat der Areva-Konzern noch Anfang Jahr zwei Minen stillgelegt, um Druck auszuüben? Der Niger ist nun wieder ein Protektorat Frankreichs. Zufall?

Taki, Zürich



Schwarz umrandet sind die Länder, die nun mit der Operation «Barkhane» unter der militärischen Kontrolle Frankreichs stehen. Gelb ist die Sahelzone angedeutet. Frankreich hat seit 2011 in Libyen, in der Elfenbeinküste, in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik interveniert. Grafik: KJ Schweiz, 2014.

Es grünt so grün

Was denken die Grünen über sich selbst? Inwiefern unterscheiden sie sich von der Sozialdemokratischen Partei? Weshalb braucht es überhaupt eine Grüne Partei neben der SP? Diese Fragen haben wir jungen Vertreter*innen der Grünen gefragt. Hier lest ihr ihre Antworten.



Wir ergänzen uns optimal.

Warum grüne Anliegen, obwohl die SP in diesen Fragen fast zu 100 Prozent mit uns übereinstimmt, zu keinem Zeitpunkt untervertreten waren, lässt sich wohl am besten mit Hilfe eines Rückblicks begründen.

Als sich in den Jahren 1970 bis 1990 aus verschiedenen progressiven Bewegungen die Grünen zu formieren begannen, war eines ihrer zentralen Themen der Kampf gegen die Atomkraft. Gegner waren, neben den etablierten Parteien, die Gewerkschaften. Kein Wunder, denn beim Zusammenbruch der (staatlich subventionierten) Atomwirtschaft gehen nicht wenige Stellen verloren. Obwohl der Umweltschutz damals gerade ein Modethema war, konnten oder wollten ihn die meisten bestehenden Organisationen und Parteien in zentralen Bereichen nicht vorantreiben, die Gründung der Grünen lag also auf der Hand.

Die Position pro Atomkraft ist natürlich aus heutiger linker Sicht ein längst korrigierter Fehler, genauso wie das damals bei der Parteigründung in Deutschland vieldiskutierte «Primat der Ökologie». Einige Grüne waren der Meinung, die Interessen der Natur radikal über jene der Menschen zu stellen, was bis hin zu diktatorischen Ansätzen der Ressourcenverteilung reichen konnte. Auch das ist aus heutiger Sicht ein mehr als grober Denkfehler. Glücklicherweise haben sich die Ansätze der Linken und Grünen so weiterentwickelt, dass uns heute gemeinsam etwas von vielen Anderen unterscheidet: Wir sind der Überzeugung, dass nicht der Mensch das Problem ist, sondern das System, dessen Gestaltung wir in die Hand nehmen müssen.

Was diese Entwicklung auch mit sich gebracht hat, ist die Tatsache, dass sich unsere zentralen Anliegen heute optimal ergänzen. Denn wer eine soziale Gesellschaft zum Ziel hat, der braucht dafür einen gesunden Staat, eine gesunde Umwelt und gesunde Menschen. Und wer Umwelt und Menschen schützen will, der kann das nicht ohne die Unterstützung einer breiten Gesellschaft mit solidarischem Gedankengut. Zum Glück – kann man da nur sagen – sind uns die jeweils anderen auch noch sympathisch, denn nicht verändert hat sich die Situation mit den zwei Parteien. Trotz aller Unterstützung, die wir uns geben, gehen die meisten umweltpolitischen Vorstösse von den Grünen aus, soziale Fortschritte werden von der SP eingebracht, und das ist auch nicht schlecht so. Mit diesem Unterschied in der Schwerpunktsetzung konzentrieren wir das Wissen und die Initiative und sprechen nebenbei auch noch ein grösseres Publikum an.

Nur etwas dürfen wir dabei nie vergessen: Um erfolgreich zu sein, sind wir aufeinander angewiesen, das gilt für unsere gemeinsamen Ziele, aber auch für den politischen Alltag. Deshalb ist es essentiell, dass wir uns kennen, miteinander reden und unsere Sympathien nicht vor einander verbergen.

Bálint Csontos (19)

Co-Präsident junges grünes bündnis nordwest



Es braucht in der Schweiz eine starke Linke. Solange sich mehr linke Wählerinnen und Wähler von zwei Parteien als von einer mobilisieren lassen, braucht es deren zwei. In vielen Vorlagen sind sich Grüne und SP einig, weshalb ich eine stärkere Zusammenarbeit und einen regeren Austausch begrüßen würde. Hingegen finde ich es wichtig, dass die Grünen einen Fokus auf Umweltthemen legen, die von der SP zu wenig beachtet werden.

Seraphine Iseli (22)
Vorstand Junge Grüne Kanton Bern



Nebeneinander und in Eintracht: Die Grünen, SolidaritéS, PdA-POP und die Kommunistische Jugend an der Nachdemo zur Anti-Ecopop-Kundgebung am 1. November. Foto: KJ Schweiz, 2014.

Marx wäre heute bei den Grünen!

«Es gibt nicht den geringsten Zweifel daran, dass Marx, würde er heute leben, sich in der vordersten Front der Umweltbewegung befände.» Diese Behauptung stammt nicht von mir, sondern vom marxistischen Autor Terry Eagleton. Und um es gleich vorwegzunehmen: Ja, auch wir (Jungen) Grünen lesen Marx und es gibt überzeugte Marxisten und Marxistinnen in unserer Partei. Trotzdem betreiben wir keine «Melonen-Politik», also Politik, die innen rot und aussen ein bisschen grün ist. Denn Grün ist nur das radikalere Rot.

Um auf das obige Zitat zurückzukommen: Bereits Marx erkannte, dass der Kapitalismus «Vergeudung der Bodenkräfte», also Raubbau an den natürlichen Ressourcen betreibt, und somit unsere natürliche Existenzgrundlage gefährdet.

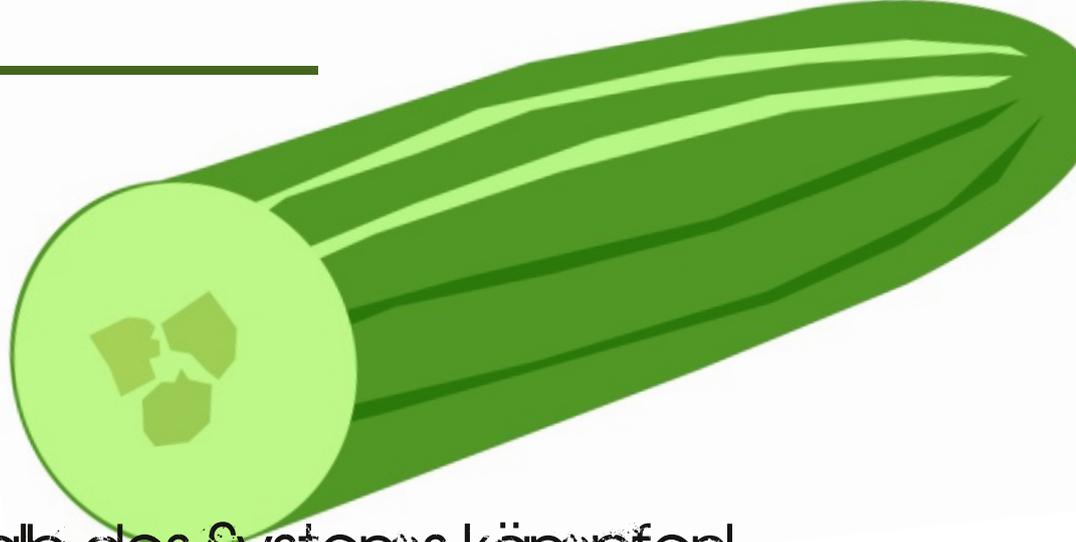
Kapitalismus ohne Ausbeutung der Arbeitskraft und Ressourcen gibt es nicht. Die Forderung nach dem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ist also immer auch grundlegende Kapitalismuskritik! Ich bin bei den Grünen, weil wir die Probleme ganzheitlich angehen. Die SP hat zwar seit neuestem die Überwindung des Kapitalismus wieder in ihrem Parteiprogramm, aber realpolitisch sehe ich davon wenig. Ein mit mir befreundeter Junger Grüner hat es einmal auf den Punkt gebracht: «Die SP will für alle mehr, die Grünen für alle weniger.» Umverteilung von Kapital ist gut und recht, aber nachträgliche Umverteilung verteilt die Erträge der Ausbeute nur innerhalb einer Generation. Die Grünen dagegen versuchen, sich von diesem geldkapitalistischen Grunddenken zu lösen, und orientieren sich an alternativen Gesellschaftsmodellen: Wie können wir ein gutes Leben führen, ohne auf Kosten der Erde und unserer Nachkommen zu leben? Das meine ich, wenn ich von den Grünen, als den radikalen Roten spreche!

Manche Leute werfen den Grünen vor, dass wir Umweltpolitik nur um der Umwelt willen betreiben und dabei den Menschen vergessen würden. Das ist Unsinn: Wir betreiben Umweltschutz um der Menschheit willen, denn die Natur wird auch nach dem Klimawandel oder einem atomaren Super-GAU weiter bestehen. Aber wahrscheinlich in einer Form, die der Menschheit nicht mehr als Lebensgrundlage dienen kann. Marx war Materialist und dachte, dass ein gewisses Level an Wohlstand die Voraussetzung für den Sozialismus sei. Ist folglich nicht auch eine intakte Umwelt eine zentrale Voraussetzung für den Sozialismus respektive eine post-kapitalistische Wirtschaftsform?

Natürlich, seit einigen Jahren nennt sich auch die SP «grün». Aber wer macht das schon nicht? Schliesslich behauptet sogar Nestlé, sie engagiere sich für die Umwelt, und Ivan Glasenberg dozierte im April an der HSG über die Nachhaltigkeit von Glencore Xstrata. Sich grün geben bringt der Umwelt nichts, nur «grün handeln»! Doch wer noch immer mit Wachstum – wenn auch zum Wohle aller, statt weniger – argumentiert, hat nicht erkannt, dass es einen fundamentalen Systemwechsel braucht.

Esther Meier (25)
Vorstand Junge Grüne St. Gallen





Innerhalb des Systems kämpfen!

Obwohl die linken Parteien in der Schweiz in den meisten Themen die gleichen politischen Positionen beziehen, gibt es merkbare Unterschiede in den Schwerpunkten des Engagements und im Auftritt.

Die Grünen haben seit ihrer Gründung vor mehr als 30 Jahren den Umwelt und Klimaschutz in den Vordergrund gerückt. Wenngleich heute auch SP und Juso sensibel für das Thema sind, in letzter Konsequenz entscheidet sich die Sozialdemokratie öfters für den Arbeitnehmerschutz und gegen die Interessen unserer Umwelt.

Ein Beispiel ist die Industriepolitik in Europa, wo die Sozialdemokratie immer wieder veraltete, defizitäre und umweltschädigende Industrien aufrecht zu erhalten versucht, obwohl die Zeichen der Zeit gegen diese sprechen. Hier haben die Grünen eine pragmatischere und progressivere Haltung im Sinne unseres Lebensraumes. Die Grünen wollen die wertvollen Errungenschaften der Sozialdemokratie des letzten Jahrhunderts nicht nur verwalten, sie möchten sie im Rahmen der Globalisierung und Fortschritts erneuern und anpassen.

Die Grünen haben bereits sehr viel erreicht in der relativen kurzen Zeit ihres Bestehens. Gesellschaftlich ist heute Respekt und Schutz der Umwelt Mainstream geworden. Schlagwörter wie Umweltschutz, ressourcenschonende Technologien, bewusster Konsum und insbesondere die Förderung alternativer Energieträger sind aus der politischen Debatte nicht mehr wegzudenken, was insbesondere den Grünen zu verdanken ist.

Auch sind die Grünen pragmatischer in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier suchen die Grünen nicht eine Überwindung des Kapitalismus, sie kämpfen für eine solidarischere, gerechtere Gesellschaft innerhalb des Systems «Wettbewerb». Denn eine gesunde Portion Wettkampf kann in Teilmärkten durchaus Fortschritt und Innovation befeuern. Dem Markt muss jedoch ein starker Staat mit einflussreichen Kontroll- und Schutzinstrumenten entgegengestellt werden und die weltweit ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen bekämpft werden. Für diese Haltung stehen die Grünen ein.

Zudem leben die Grünen auch die Prinzipien der Basisdemokratie innerhalb der Partei konsequent, indem Entscheide sehr oft breit und differenziert getroffen werden. Dieser gegenseitige Respekt nach innen trägt die Partei auch nach aussen und stärkt so die Debatten- und Demokratiekultur in der Schweiz im positiven Sinne.

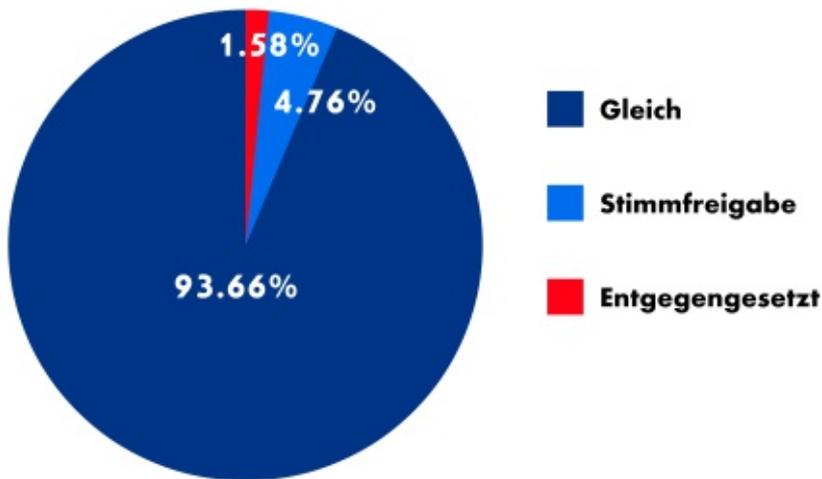
Letztendlich können gerade in der Schweiz die etablierte Sozialdemokratie und die frischen Grünen voneinander profitieren. Sei es aufgrund der unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, den verschiedenen Arbeitsweisen und den divergierenden Routinen.

Gian Waldvogel (24)
Co-Präsident Junge Grüne Kanton Luzern

Daseinsberechtigung verloren?

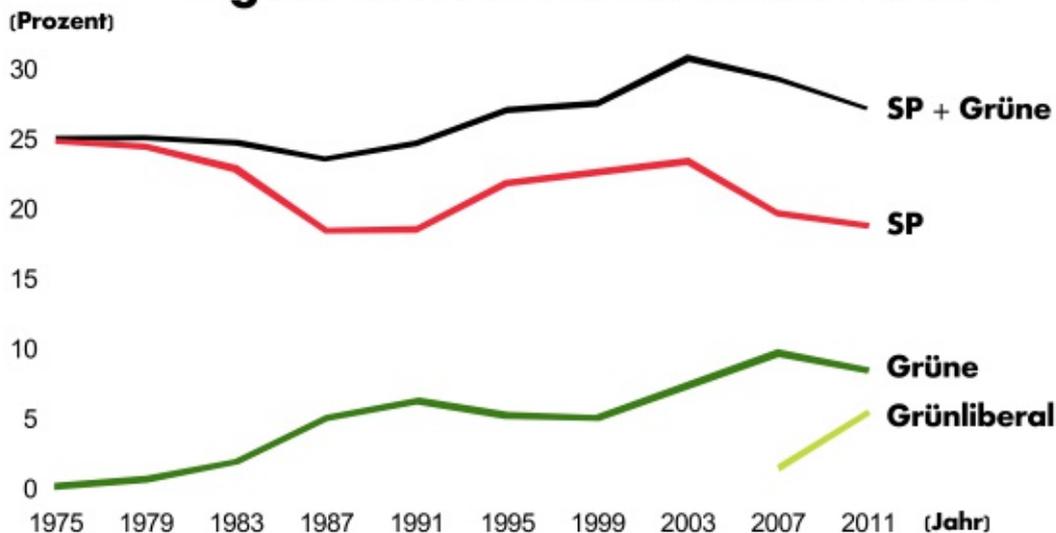
Für die Grünen und Sozialdemokratische Partei steht der parlamentarische Kampf im Vordergrund. Was für einen Sinn hat darin eine Partei neben der SP, die praktisch die gleichen Positionen vertritt? Können dadurch mehr Wähler*innen angesprochen werden? Wir lassen hier die Zahlen für sich sprechen.

Abstimmungsverhalten bei eidgenössischen Volksinitiativen



Wir haben uns die Abstimmungsparolen von der Sozialdemokratischen Partei (SP) und den Grünen in den letzten 15 Jahren angeschaut und sind zu folgendem Schluss gekommen: Bei den 126 eidgenössischen Volksinitiativen, die wir untersucht haben, haben die SP und die Grünen 118-mal dieselbe Parole herausgegeben. Bei sechs Initiativen hat eine der beiden Parteien eine Stimmfreigabe beschlossen, während die andere ein Ja oder Nein empfohlen hat. Nur zweimal hatten die Parteien eine entgegengesetzte Meinung, nämlich im Jahr 2000, als über eine Änderung des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung entschieden werden musste, und 2003 bei der Abstimmung über das Stammzellenforschungsgesetz (beide Male Grüne: Nein, SP: Ja). Die acht Vorlagen, die nicht das exakt gleiche Abstimmungsverhalten erzeugten, hatten zum Inhalt: Gesundheit/Forschung, Armee und Verkehr in dieser Reihenfolge. Damit kristallisiert sich heraus, dass die Grünen leicht kritischer eingestellt sind.

Ergebnisse der Nationalratswahlen



Werden wirklich mehr Wähler*innen angesprochen durch die Existenz von zwei linken Parteien, die sich inhaltlich kaum unterscheiden? Von der Gründung der Grünen bis 2003 konnte der gemeinsame Wähler*innenanteil tatsächlich auf über 30 Prozent gesteigert werden. Der Wendepunkt bildete 2007. Was war passiert? Die Grüne Partei hatte sich gespalten. Für die liberalen Wähler*innen mit «ökologischem Gewissen», die bisher die Grünen gewählt hatten und überhaupt zu dieser Stärkung vom rot-grünen Lager geführt haben, entstand mit der Grünliberalen Partei eine Alternative. Aus obigem Diagramm geht klar hervor, dass Gewinne und Verluste von Wähler*innenanteilen stets auf Kosten der jeweils anderen linken Partei gingen. Zum Beispiel waren die Grünen 1987 und 1991 um etwa so viel stärker, wie die SP schwächer war, während in der folgenden Periode die SP wieder erstarkte und die Grünen schwächelten. Diese Tendenz war bis 2007 dadurch verfälscht, dass die heutigen grünliberalen Wähler*innen die Grünen wählten. In Zukunft werden sich Grüne und SP wohl um die sozialdemokratischen 25 Prozent der Bevölkerung streiten. Die rot-grüne Konstellation hat damit ihre Daseinsberechtigung verloren.

Konsequenter Umweltschutz ist antikapitalistisch

Wie sieht Umweltschutz und Ökologie aus kommunistischer Perspektive aus? Unsere Genoss*innen aus der Kommunistischen Jugend Österreichs geben uns die Antwort dazu.

*«Der Mensch ist ein Teil der Natur, dessen Überlegenheit nur darin besteht, die Naturgesetze zu kennen und zu befolgen; er ist nicht ihr Eroberer.»
(Friedrich Engels)*

Umweltschutz stösst im Kapitalismus an seine Grenzen, da ein Widerspruch zwischen konsequentem Schutz der Natur und der angestrebten Profitmaximierung der Unternehmen besteht. Dennoch muss auch innerhalb des kapitalistischen Systems dafür gekämpft werden, dass ökologisches Wirtschaften in den Köpfen verankert wird. Weltweite verbindliche Regelungen können hier zumindest zum Teil Abhilfe schaffen. Solange aber kein grundsätzliches Interesse an deren Einhaltung besteht und es die Möglichkeit gibt, durch finanzielle Zuwendungen und Korruption den eigenen Müll an Entwicklungsländer abzugeben, wird die Natur weiterhin zerstört.

Der Sozialismus jedoch bildet durch das Ausschalten der zerstörerischen Profitkonkurrenz das Fundament für ein Wirtschaften im ökologischen Gleichklang mit der Natur. Das garantiert aber nicht, dass dies auch so praktiziert wird – auch das muss innerhalb eines sozialistischen Systems erst errungen werden.

Profitinteressen sind bestimmend

Ohne intakte Natur und Umwelt kann die Menschheit nicht überleben. Die kapitalistische Produktionsweise führte zu einer Intensivierung und Globalisierung der schadstoffproduzierenden Industrie. Der Verbrauch von Rohstoffen und anderen Ressourcen, der Ausstoss von Schadstoffen und die Anhäufung biologisch schwer abbaubaren Mülls hat mittlerweile eine Grössenordnung erreicht, die für

die Menschheit existenzgefährdend geworden ist. Daher erhält die Erhaltung von Natur und Umwelt eine immer dringlichere Bedeutung. Eine Wende zu umweltverträglichen Wirtschaften kann allerdings nur stattfinden, wenn die Vernunft und das Überlebensinteresse der Menschheit anstelle der Profitinteressen der Kapitalist*innen den Produktionsprozess bestimmen.

Umweltschädigendes Verhalten und der massenhafte Konsum ökologisch schädlicher Produkte sind durch die Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft bedingt. Das Bedürfnis nach diesen Erzeugnissen wird durch Werbung und Marketingstrategien künstlich hervorgerufen und massiv beeinflusst. Wenn die Menschen selbst über ihr Leben bestimmen und damit auch entscheiden können, was und wie produziert wird, werden



Ein Guam-Liest (*Todiramphus cinnamominus*) im San Diego Zoo. Die Population der Guam-Lieste wurde nach der Einführung der Braunen Nachtbaumnatter auf Guam ausgerottet. Weniger als 100 Exemplare in Gefangenschaft sind von dieser Spezies übriggeblieben. Foto: Tim Evanson, San Diego (USA), 08.08.2012.



Expert*innen der Internationalen Atomenergie-Organisation verlassen die Unit 4 des japanischen Kernkraftwerks Fukushima I. Nach der Fukushima-Katastrophe musste eine 20 km breite Sperrzone um das Kraftwerk eingerichtet werden. Foto: Greg Webb/IAEA, 17.04.2013.

die Waren und die Produktionsarten dem ökologischen und gesundheitlichen Aspekt gerecht. Erst dann wird es möglich sein, das Verhältnis von Mensch und Natur wieder in Einklang zu bringen.

Das Problem der Umweltzerstörung wird nicht durch die Aufgabe zivilisatorischer Errungenschaften gelöst; seine Lösung ist gerade durch den hohen Stand von Wissenschaft und Technik möglich. Die Menschen können so ihre Lebensweise ökologisch umgestalten und gleichzeitig die Lebensqualität auf eine höhere Stufe heben. Wir müssen also keinesfalls zurück auf die Bäume, um die Umwelt zu retten. Eine an den Interessen der Menschen orientierte Produktionsweise und technischer Fortschritt müssen auf regenerative Rohstoffe und umweltverträgliche Energien setzen.

Möglichkeiten hierfür gibt es genug. So können Umweltschäden aufgrund des Güterverkehrs durch die Verlagerung des Transports von der Strasse auf die Schiene verringert werden. Das Müllproblem kann durch konsequente Einführung biologisch abbaubarer Stoffe und durch Recycling reduziert werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Gegen Privatisierung

Statt diese Mittel einzusetzen, erleben wir das Gegenteil. Die «Liberalisierung» des Strommarktes sorgt für eine Verschärfung der Konkurrenz und fördert damit die profitableren, umweltschädlichen Formen der Energieerzeugung, während alternative Möglichkeiten der Energiegewinnung verdrängt werden. Eine besondere Gefährdung geht von der Atomindustrie aus. Der lang angekündigte Ausstieg

kürzlich in der Schweiz ist auf unabsehbare Zeit verschoben worden. Weiterhin wird nicht entsorgbarer Atommüll produziert und trotz vorprogrammierter Unfälle transportiert. Die einzige «brauchbare» Ware, die aus Atommüll hergestellt werden kann, ist eine Waffe: angereicherte Uranmunition, welche die Umwelt weiträumig verseucht und katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat.

Privatisierungen des Strommarktes müssen rückgängig gemacht und die Energiewirtschaft vollständig der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Zur Stromerzeugung müssen umweltverträgliche Formen wie Solar- und Windenergie verstärkt genutzt werden, so wie es beispielsweise das sozialistische Kuba mit einem eigenen universitären Forschungsschwerpunkt Alternativenergie und der Errichtung dutzender Solaranlagen vorzeigt.

Internationaler Klassenkampf

Obwohl bekannt ist, dass der Schadstoffausstoß des Verkehrs die Luft besonders belastet, wird der Güterverkehr weiter von der Schiene auf die Strasse verlegt. Der durch Profitinteressen getriebene Öffentliche Verkehr zwingt mit seinen ständig teurer werdenden Billettpreisen immer mehr Menschen dazu, das Auto zu benutzen. Wir fordern ein kostenloses, flächendeckendes öffentliches Verkehrssystem und umweltfreundliche Lösungen für den Gütertransport.

Für Umweltschäden sind die Unternehmen verantwortlich, die daraus Profit ziehen. Die Kosten für die Beseitigung der Umweltschäden werden auf die Be-

völkerung abgewälzt. Wir fordern, dass die Unternehmen selbst für die Beseitigung von Umweltschäden aufkommen müssen.

Die Auswirkungen der Umweltzerstörung beeinträchtigen Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung, vor allem in den Entwicklungsländern. Luft- und Wasserverschmutzung sowie die Verseuchung der Böden gefährden die Existenz von Millionen von Menschen. Die Anhäufung von Naturkatastrophen, Klimaveränderung, Dürrewellen und Überschwemmungen machen ganze Landstriche unbewohnbar. Nur wenn es international gelingt, die Macht der Monopole zu brechen, kann der Raubbau an der Natur gestoppt und kann die ökologische Katastrophe abgewendet werden. Deshalb ist der Kampf um das Grundrecht auf eine gesunde Natur und Umwelt eine Aufgabe des internationalen Klassenkampfes.

Für die Reduzierung des Schadstoffausstosses sind auf verschiedenen internationalen Konferenzen unverbindliche Vereinbarungen getroffen worden, die sich eher an den Bedürfnissen der Konzerne als an umweltpolitischen Notwendigkeiten orientiert haben. Keine dieser Vereinbarungen ist bisher umgesetzt worden.

Und zur Gentechnik

Fortschritte in der Wissenschaft sind selbstredend gutzuheissen, die Wissenschaft im Kapitalismus steht letztendlich aber auch stets im Dienste desselben. Sie stellt daher eine Möglichkeit der Profitmaximierung zum Nachteil der Mehrheit der Menschheit dar. Gentechnik an sich hat daher ebenfalls zwei

Seiten. Auf der einen Seite stehen positive Errungenschaften wie beispielsweise die Stammzellenforschung, die möglicherweise helfen kann, bis dato unheilbare Krankheiten von der Erde zu tilgen, genauso wie die Erforschung und Züchtung von widerstandsfähigeren und ertragreicheren Pflanzen, die der Ernährungssicherung dienen soll. Diese Seite der Gentechnik ist positiv zu bewerten.

Auf der anderen Seite stehen die weiten Gebiete der Gentechnik, die im Kapitalismus eine grosse Gefahr für die Menschheit darstellen können. Denn in diesem System stehen die Profitinteressen der Kapitalist*innen im Vordergrund und nicht die Gesundheit und Chancengleichheit der Menschen. Zum Beispiel arbeitet die Forschung verstärkt an der Entwicklung von Pflanzensamen, die sich nicht weitervermehren lassen. Dies führt dazu, dass die Bäuerinnen und Bauern noch stärker in eine Abhängigkeit von den grossen Saatgutunternehmen kommen, da sie jedes Jahr aufs Neue ihr Saatgut von den jeweiligen Firmen erwerben müssen und nicht auf ihre Erträge zurückgreifen können. Im Gleichklang werden bereits Patente auf Genstrukturen gefordert, welche den gleichen oder einen noch widerwärtigeren Effekt haben können wie beispielsweise Patentrechte grosser Pharmakonzerne auf Medikamente. Sie beschern den Konzernen einen extrem hohen Profit, verhindern gleichzeitig, dass eine kostengünstige Behandlung von Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, möglich wird. Diese Seite der Gentechnik ist daher abzulehnen.

Kommunistische Jugend Österreichs



Indios-Kinder im Amazonasregenwald in Brasilien. Beim Umweltschutz geht oft vergessen, dass es sich um eine gesellschaftliche Frage handelt. Solange den Menschen hier keine sinnvolle wirtschaftliche Alternative angeboten wird, werden sie weiterhin Regenwald abholzen. Foto: Ben Sutherland, 2.10.2009.



Unser Müll landet oft in der Dritten Welt. foto: Annick Staub, Pennehpur (Indien), 06.07.2008.

Malthus bei den Grünen

Die Ecopop-Initiative stand auf der Grundlage der veralteten Bevölkerungstheorie vom britischen Ökonomen Thomas Malthus, welcher damit Armut und Hunger als Naturgesetz rechtfertigte. Malthus hat aber in der gesamten Umweltbewegung, auch bei den sozialdemokratischen Grünen, Spuren hinterlassen.

Im November haben die Schweizer Stimmberechtigten über eine Initiative entschieden, die die bisherige Abschottungspolitik weit in den Schatten gestellt hätte: die Ecopop-Initiative. Sie forderte, dass die jährliche Nettozuwanderung (Einwanderung minus Auswanderung) auf 0.2 Prozent der Wohnbevölkerung begrenzt wird, das wären derzeit 16'000 Personen pro Jahr statt 110'000. Fast zusammenhangslos wurde zudem gefordert, dass zehn Prozent der schweizerischen Entwicklungshilfe für die «Förderung der freiwilligen Familienplanung» verwendet würde. Das Ungewöhnliche daran ist, dass diesmal vordergründig mit Umweltschutzideen argumentiert wurde, statt nur auf Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Für nicht wenige Linke und Intellektuelle schien das ökologische Argumentarium denn auch ansprechend zu wirken, umgekehrt konnten rechte Wähler*innen mit dem eigentlichen Inhalt der Initiative abgeholt werden.

Der Verein Ecopop wollte die Zuwanderung begrenzen mit der Motivation, dass ein tieferes Bevölkerungswachstum die Umwelt schonen würde. Das gegenwärtige Bevölkerungswachstum sei nicht in Einklang zu bringen mit den begrenzten Ressourcen, die der Gesellschaft in der Schweiz und weltweit zur Verfügung stünden. Die Ecopop-Initiative stellt somit direkt eine Wiederbelebung der Theorien von Thomas Malthus dar sowie von dessen moderneren Repräsentanten Paul Ehrlich. Es lohnt sich, dieser ideologischen Linie zu folgen, da nicht nur die

braunen Grünen à la Ecopop an ihr zehren. Malthus ist für die gesamte grüne und bürgerliche Umweltbewegung (meist unbewusst) prägend.

Gegen Reformen

Nach der Französischen Revolution geisterten gefährliche Gedanken durch die europäische Gesellschaft: Es wurden radikale Reformen hin zu einer gerechten, egalitären Gesellschaft diskutiert. Die Denker*innen jener Zeit gerieten in den Bann von Vorstellungen über die «Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen und der Gesellschaft». Der britische Geistliche und Ökonom Thomas Malthus stellte sich dem entgegen mit dem «Essay on the Principle of Population» von 1798. Er wollte damit beweisen, dass die Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände unmöglich sei. Den Beweis glaubte er mit seiner Bevölkerungstheorie zu liefern:

«Die Potenz der Bevölkerung ist unendlich grösser als die Potenz der Erde, den Lebensunterhalt für die Menschheit zu erzeugen. Wenn sie nicht gehemmt wird, vermehrt sich die Bevölkerung in exponentieller Progression [1+2+4+8+16]. Der Lebensunterhalt steigert sich nur in linearer Progression [1+2+3+4+5]. [...] Nach dem Gesetz unserer Natur, die Nahrung für das Leben des Menschen notwendig macht, müssen die Wirkungen dieser beiden ungleichen Kräfte ausgeglichen werden. Das bedeutet eine starke und ständig wirkende Kontrolle des Wachstums der Bevölkerung durch die Beschwer-

lichkeit der Beschaffung des Lebensunterhaltes. [...] Diese natürliche Ungleichheit der beiden Potenzen und das grosse Gesetz unserer Natur, das ständig ihre Wirkungen ausgleichen muss, bilden die grosse Schwierigkeit, die mir unüberwindlich scheint auf dem Wege der Vervollkommnungsfähigkeit der Gesellschaft.»

Den Beweis für das exponentielle Bevölkerungswachstum sieht Malthus im Beispiel der USA, wo «sich die Bevölkerung innerhalb von fünfundzwanzig Jahren verdoppelt hat». Für das lineare Wachstum der Nahrungsmittelproduktion hält er es nicht nötig, einen Nachweis zu bringen.

Malthus ist Apologet des Kapitalismus. Er leugnet dessen Widersprüche allerdings nicht, sondern «erhebt diese Widersprüche brutal zum Naturgesetz und spricht sie absolut heilig», wie Rosa Luxemburg es ausdrückt¹. Zweck seiner Bevölkerungstheorie war letztlich die Verdeutlichung, dass Armut und Hunger naturgegeben sind und dass ihnen auf keine Weise abgeholfen werden kann. Er plädierte für die berüchtigten Arbeitshäuser, wo die Lebensbedingung für die Armen genügend hart waren, um ihrer Vermehrung Einhalt zu gebieten.

Moderner Malthusianismus

Die Bevölkerungstheorie von Malthus wurde in bürgerlichen Kreisen mit Begeisterung aufgenommen, konnte damit doch der Status quo gerechtfertigt werden. Auch zur Entstehung des Sozialdarwinismus, des ideologischen Unterbaus des Faschismus, dürfte sie beigetragen haben.

Malthus' Ideen drangen gleichfalls in die Umweltbewegung ein. Der Biologe Paul Ehrlich setzte 1968 mit seinem Buch «Die Bevölkerungsbombe» Malthus in ein ökologisches Licht: «Jedes Jahr fällt die Nahrungsmittelproduktion in unterentwickelten Ländern ein Stück weit hinter das zunehmende Bevölkerungswachstum, und die Menschen gehen ein bisschen hungriger ins Bett. Auch wenn es temporäre und lokale Umkehrungen der Tendenz gibt, scheint es nun unvermeidbar, dass sie auf ihren logischen Ausgang zusteuert: massenhafter Hungertod.» Aber nicht nur fehlende Nahrung, auch die zunehmende Umweltzerstörung würde Tod und Verderben über die Menschen bringen. Das reaktionäre Gedankengut wird bei einem anderen Vertreter dieser Denkrichtung noch stärker offenbar. Der US-Ökologe Garrett Hardin greift direkt den Wohlfahrtsstaat an: «Wenn jede menschliche Familie nur von ihren eigenen Ressourcen abhängig wäre; wenn die Kinder von verschwenderischen Eltern verhungern

würden; wenn dadurch eine übermässige Vermehrung selber die Fortpflanzungsfähigkeit bestraft – dann gäbe es kein öffentliches Interesse an einer Geburtenkontrolle. Unsere Gesellschaft ist aber dem Wohlfahrtsstaat verpflichtet.»²

Malthus' Theorie richtete sich gegen alle Versuche, die Lage der Arbeitenden zu verbessern. Die modernen Versionen haben denselben Zweck.

Gefährliche Exponentialfunktion

Der Verein Ecopop bezieht sich in seinen theoretischen Grundlagen direkt auf die Ideen des britischen Ökonomen Thomas Malthus. Dieser stellte die These auf, dass sich die Bevölkerung exponentiell vermehre und dadurch Hunger und Armut erzeugt würde. Ähnliches lässt Ecopop verlauten: «Jedes in Prozent ausgedrückt stabile Wachstum folgt dem Verlauf einer Exponentialfunktion und mündet im Verlaufe der Zeit, absolut betrachtet, in der Unendlichkeit. [...] Lange Zeit war man sich der Konsequenzen und der potenziellen Gefahr einer exponentiellen Entwicklung nicht bewusst.» Danach wird anhand dem Beispiel Madagaskar aufgezeigt, wie die dortige Bevölkerung exponentiell zugenommen hat und zunehmen wird. Bei Malthus wird das Bevölkerungswachstum gehemmt durch die nur langsam steigende Nahrungsmittelproduktion. Ecopop formuliert es allgemeiner und setzt es in ein ökologisches Licht: «Eine Bevölkerung, in einem begrenzten Raum lebend, kann nicht unendlich wachsen, weil ihr der Raum selber eine Obergrenze setzen wird. Man spricht auch von der Tragfähigkeitsgrenze. Das ist die Grenze, wo die Bevölkerung und die Umwelt noch gerade in Einklang miteinander leben können, ohne dass die Umwelt nachhaltig geschädigt wird.»³ Malthus sowie Ecopop verorten die Ursache von Überbevölkerung in einem absoluten Gesetz, unabhängig von jeder Gesellschaft und ihrer Geschichte. Die Folgen sind für Malthus Hunger, für Ecopop Umweltzerstörung. Es ist klar, wenn man ein ewiges Naturgesetz für Elend und Hunger verantwortlich macht, braucht man sich nicht für eine Veränderung der Gesellschaft einzusetzen, sondern höchstens versuchen, das Gesetz oder seine Wirkung abzumildern.

Die industrielle Reservearmee

Überbevölkerung wird von Malthus und Ecopop erklärt durch ein Zuviel an Menschen bei begrenzten Ressourcen. Sie können nicht erklären, weshalb Armut neben Reichtum besteht, Hunger neben verschwenderischem Überfluss, Umweltprobleme

¹ Rosa Luxemburg: *Die Akkumulation des Kapitals*. Gesammelte Werke Bd. 5. Dietz Verlag. Berlin, 1990. S. 182.

² Garrett Hardin: *The Tragedy of the Commons*. 1968.

³ www.ecopop.ch/449-wachstum-als-exponentialfunktion

neben ihren Lösungen.

Die Bevölkerungstheorie von Karl Marx und Friedrich Engels ist weniger oberflächlich. Sie meinten, «dass jede gesellschaftliche Entwicklungsstufe ihr eigenes Bevölkerungsgesetz hat»⁴. Schon Adam Smith, der Begründer der bürgerlichen Ökonomie, wusste, «dass die Nachfrage nach Arbeitern, gerade wie die Nachfrage nach irgendeinem andern Artikel, die Produktion von Arbeitern, die Quantität der erzeugten Menschen reguliert, diese Produktion beschleunigt, wenn sie zu langsam geht, sie aufhält, wenn sie zu rasch fortschreitet.»⁵ Engels schildert bildhaft, dass die Grenze der Produktion «nicht durch die Anzahl der hungrigen Mägen bestimmt wird, vielmehr durch die Anzahl der kaufenden zahlungsfähigen Geldbeutel»⁶. Ein Verdienst von Marx war, dass er diese Erkenntnis in Verbindung mit der Theorie der Kapitalakkumulation brachte: Die Nachfrage nach Arbeit wird bestimmt durch den Umfang des variablen Kapitals (v), der Teil des Kapitals, der von den Kapitalist*innen für die Löhne aufgewendet werden muss. Während der Kapitalakkumulation wächst das Gesamtkapital ($c+v+m$), proportional sinkt dabei aber der Anteil für v , beispielsweise durch die Ersetzung der Arbeiter*innen mit Maschinen. Das bedeutet, dass die Nachfrage nach Arbeit sinkt; Arbeitslosigkeit, eine überflüssige Bevölkerung, eine relative Überbevölkerung entsteht. Umgekehrt wird diese Überbevölkerung wieder «zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer

Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise»⁷. Die Arbeitslosen schaffen ein Reservoir an ausbeutbaren Menschen, die sogenannte «industrielle Reservearmee». Diese stehen nun in Konkurrenz mit Menschen mit Arbeit und drücken dadurch deren Lohn. Die Kapitalist*innen können nun bei den Ausgaben fürs variable Kapital sparen, können sich vielleicht eine ganze Arbeiterin sparen. Die Nachfrage nach Arbeit sinkt, die Überbevölkerung nimmt zu: ein Teufelskreis.

In diesem Licht ist Überbevölkerung ein historisches Phänomen, das den Gesetzen des Kapitalismus entspringt. Eine Ecopop-Initiative würde es nicht beheben können.

Ein kapitalistisches Problem

Die Ideen von Malthus beeinflussen nicht nur die rechten «Umweltschützer*innen» wie die Ecopop-Vertreter*innen und Paul Ehrlich, sondern liefern das Fundament für die gesamte grüne und ökologische Bewegung. Eine zentrale These im umweltbewussten Denken ist, dass ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum mit den begrenzten Ressourcen auf der Erde nicht vereinbar sei. Noch allgemeiner formuliert, damit die bürgerlichen Grünen, die ökologischen Verteidiger*innen vom Wirtschaftswachstum eingeschlossen sind: Es gibt definierbare ökologische Grenzen. Die Umweltschützer*innen der verschiedenen politischen Richtungen streiten sich dabei nicht um die Frage, ob dies ein Problem darstellt. Vielmehr dreht sich ihre Diskussion darum, auf welche Art und wie dringlich das Problem zu lösen ist.

Diese Debatte verbleibt dabei immer im Rahmen der malthusianischen Überlegung: Die vorhandenen Ressourcen (bei Malthus Nahrungsmittel) reichen nicht für die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Ecopop versucht nun, das Problem durch die Begrenzung des Bevölkerungswachstum zu lösen. Weniger Menschen bedeutet für sie weniger Verbrauch der knappen Ressourcen. Andere bürgerliche Umweltgruppen betrachten es vor allem als technisches Problem, welches durch den Umstieg auf grüne Energien und mehr Effizienz gelöst werden kann. Interessanter



Thomas Malthus (1766-1834) war ein britischer Pfarrer und Ökonom. Zweck seiner Theorien war der Nachweis, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verbessert werden könnten. Noch heute beziehen sich rechte Ökolog*innen direkt auf ihn. Foto: Wellcome Images, 2014.

⁴ Karl Marx: *Das Kapital*. Nachwort zur zweiten Auflage. 1873.

⁵ Adam Smith: *The Wealth of Nations*. Ausgabe von 1828. S. 133.

⁶ Friedrich Engels: *Brief an Lange* (1865). MEW 31, S. 466.

⁷ Karl Marx: *Das Kapital*. Bd. 1, 23. Kapitel.

dürfte vielleicht die Sichtweise der sozialdemokratischen Grünen sein, die auch die soziale Seite des Problems sehen können. So heisst es in einem Buch des grünen Nationalrats Balthasar Glättli: «Wer sich ernsthaft mit den Herausforderungen eines globalen Umweltschutzes beschäftigt, kommt auch nicht um die Frage herum, ob die Ausbeutung von Natur und Mensch nicht eine zwingende Folge der Profit- und Wachstumslogik des herrschenden kapitalistischen Systems ist.»⁸

Sie erkennen, dass das Problem irgendwie mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Als soziales Problem – das darf nicht vergessen werden – ist es eben auch ein historisches Problem, und zwar Problem dieses historischen Gesellschaftssystems. Aber es entspringt nicht einfach einer Logik, die dann mit ein paar grünen Reformen geändert werden kann. Der grüne keynesianische Staat, ein «Green New Deal», ist langfristig genauso eine Illusion wie der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat. Die Ursache für die sozialen und ökologischen Probleme liegen nämlich im System selber, deshalb können die Folgen innerhalb des Systems nicht endgültig gelöst werden.

Zweck der Produktion

Um dies zu begreifen, müssen wir die grundlegende Frage stellen: Was ist der Zweck dieser historischen, der kapitalistischen Wirtschaftsweise? Der Kapitalismus unterscheidet sich in diesem Punkt sowohl von allen vorhergegangenen Wirtschaftsweisen wie auch von den zukünftigen, vom Sozialismus und Kommunismus. Rosa Luxemburg beschreibt dies treffend: «Die Konsumtion als Zweck beherrscht [in der naturalwirtschaftlichen Produktionsweise] den Umfang und Charakter sowohl des Arbeitsprozesses im einzelnen wie der Reproduktion im allgemeinen. Anders unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die kapitalistische Produktion ist nicht eine solche zu Konsumtionszwecken, sondern eine Wertproduktion. [...] Kapitalistische Produktion ist nicht Produktion von Konsumgegenständen, auch nicht von Waren schlechthin, sondern von Mehrwert.»⁹ Das ist nicht alles: «Zweck und treibendes Motiv der kapitalistischen Produktion ist nicht Mehrwert schlechthin, in beliebiger Menge, in einmaliger Aneignung, sondern Mehrwert schrankenlos, in unaufhörlichem Wachstum, in einer immer grösserer Menge.»¹⁰ In der Tendenz werden im Kapitalismus deshalb Mensch und Natur solange ausgebeutet, als mit ihnen Profite gemacht werden können. Umweltabgaben, eine umweltschonende Produktion, Nichtausbeutung von Ressourcen bedeuten – genauso wie höhere Löhne

und eine bessere Lage der Arbeitenden – kleinere Profite für die Kapitalist*innen und müssen deshalb von ihnen immer bekämpft werden, selbst wenn sie sich zeitweilig in einer schwachen Position befinden und Kompromisse eingehen.

Anders im Sozialismus und im Kommunismus. Der Zweck der vergesellschafteten Produktionsweise besteht darin, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dabei darf man keinesfalls davon ausgehen, dass sich die Umweltprobleme in einer sozialistischen Wirtschaftsweise von alleine lösen würden. Hingegen steht fest, dass sie im Kapitalismus nicht gelöst werden können, weil sie in dieser Wirtschaftsweise notwendig entstehen. Die sozialistische Produktion richtet sich zwar nach den Bedürfnissen der Menschen, muss aber bewusst geplant werden, sie muss bewusst umweltverträglich ausgerichtet werden.

Ökologische Grenzen

Kommen wir nochmals zum Ausgangspunkt zurück: Ich behaupte, innerhalb der Umweltbewegung ist das Konzept von Malthus fest verwurzelt, dass die begrenzten Ressourcen für die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht ausreichen. (Im weiten Sinne kann auch die Kapazität der Erde, Umweltverschmutzung oder Klimaerwärmung zu ertragen, als Ressource verstanden werden.) Das heisst nicht, dass es nicht tatsächlich natürliche Grenzen gäbe. Für den Menschen spielt es aber keine Rolle, wie viel von diesem oder jenem Rohstoff physisch in der Erdkruste vorhanden ist; was zählt, ist die Möglichkeit, diese für sich zu nutzen. Und dieser Umstand ist von historischen Faktoren abhängig: die Art der Förderung, wie viel dabei verloren geht, wie viel gewonnen werden kann, ob es Alternativen gibt etc. Eine ökologische Grenze muss als der Punkt betrachtet werden, ab dem die Nachteile einer Erweiterung der Produktion die Vorteile aufwiegen. Er hängt einerseits vom Stand der Technik ab, andererseits aber auch davon, wie viel Bedeutung gesellschaftlich den Vor- und Nachteilen beigemessen wird. Ökologische Grenzen sind deshalb keine absoluten, unbeweglichen Mauern. Sie werden durch einen bestimmten, historischen Kontext definiert. Die Probleme, die aus ihnen erfolgen, sind genauso an die historischen Verhältnisse gebunden. Wenn wir sie lösen wollen, muss die Ursache der Probleme beseitigt werden. Eine konsequente Umweltbewegung kann nur integriert in den Klassenkampf, mit der Überwindung des Kapitalismus zum Ziel nachhaltiger Erfolg haben.

Taki, Zürich

⁸ Balthasar Glättli, Pierre-Alain Niklaus: *Die unheimlichen Ökologen*. Rotpunktverlag, Zürich, 2014. S. 19.

⁹ *Die Akkumulation des Kapitals*. S. 19/20.

¹⁰ *Die Akkumulation des Kapitals*. S. 16.



Auch linke Partys kosten. Wenn auch etwas weniger: Die Molotow-Partys der RIZ verlangen immerhin nur 12 Stutz Eintritt. Foto: Pirella Göttsche Zürich, 17.04.2012

Kein Geld, kein Ausgang

Zürich ist ein hartes Pflaster für Partygänger*innen mit kleinem Portemonnaie. Wieso gibt es eigentlich nicht einen Ort, wo wir gratis feiern können? Wieso haben wir kein selbstverwaltetes Jugendzentrum?

Wer arbeitet, hat auch das Recht auf Freizeit. Wer arbeitet, hat das Recht auf Party!

Je nach Geschmack geht mancher lieber in einen Club oder trifft sich mit Freund*innen, um ins Kino zu gehen. Andere gehen lieber in eine Bar, um etwas zu trinken. Doch wie steht es in unserer Gesellschaft mit den Möglichkeiten dazu für uns junge Arbeiter*innen? Der Eintritt und die Getränke sind so teuer, dass man es sich nicht immer leisten kann, was man will. Gerade für Lehrlinge, die sowieso oft einen tiefen Lohn haben, ist die Situation noch schwerer. Die «Quartieraufwertungen» der Stadt verschärfen das Problem noch. Schon mancher Club musste dicht machen, weil die Preise für die Mieten immer weiter steigen. Andere wälzen die Kosten auf die

Partygänger*innen ab. Doch was macht man, wenn man kein Geld für den Ausgang hat? Es ist in Zürich kein seltenes Bild, dass Jugendliche keinen Raum haben, um ihre Freizeit auszuüben. Die Stadt sollte den Jungen Orte zur Verfügung stellen, wo sie ihre Freizeit so ausüben können, wie sie wollen.

Eine Möglichkeit wäre ein Jugendzentrum, das von den Jugendlichen selber eingerichtet und betrieben werden könnte. Die Club-, Bar- und Kinobetreiber*innen ihrerseits müssten auf die Jungen mehr eingehen und sie nicht als reine Geldquelle betrachten. Doch weil im Kapitalismus der Profit herrscht, werden sie das garantiert nicht freiwillig tun. Wir müssen sie eben dazu zwingen!

Ben, Zürich

ROTER OKTOBER

Die Kommunistische Jugend Bern hat Ende November ein Bildungswochenende zum Thema «Kampfformen und Organisation» veranstaltet. Neben Vorträgen zu den Zapatistas in Mexiko und der POCH in der Schweiz wurde auch die neue Strategie der Tessiner Sektion der PdA vorgestellt. Es gab viel zu diskutieren. Das Njet! war dabei.

Bis ins Berner Oberland hatte die Fahrt zwei Stunden gedauert. Niemand sonst stieg aus dem Zug aus. Im verschlafenen Dörfchen war es ruhig. Hier sollte das Bildungswochenende der Kommunistischen Jugend, der «Rote Oktober», stattfinden. Ironisch: urbane Kommunist*innen treffen sich im November zum Roten Oktober in einem ländlichen Ort, der mehrheitlich bürgerlich-konservativ wählt. Das Ferienlagerhaus, das die KJ Bern gemietet hat, fanden wir bald in der Nähe des Bahnhofs. Es wirkte wie ausgestorben. Das Rätsel der verschwundenen Genoss*innen löste sich sofort auf, als wir uns im Gebäude auf die Suche machten und alle zusammengepfercht, aber wohlbehalten im Konferenzraum vorfanden. Das erste Referat hatte bereits begonnen.



In den Pausen wurde lebhaft diskutiert oder auch einfach miteinander gequatscht.

Basisdemokratische Bäuer*innenorganisation

Zwei junge Männer hielten einen Vortrag über die Zapatist*innenbewegung in Mexiko. Sie waren selber im mittelamerikanischen Land gewesen und konnten uns aus erster Hand über die EZLN berichten. Sie erzählten von ihrem Fremdenführer, mit dem sie die Strukturen und Einrichtungen der EZLN be-

sichtigt haben. Der nicht gerade gesprächige Mann wurde noch weniger redselig, wenn konkretere Fragen zur Organisation der Zapatistas gestellt wurden. Die EZLN selbst arbeitet durchaus auch im äusseren Grenzbereich der Legalität und muss sich natürlich vor allzu neugierigen Tourist*innen schützen. Zwar

wird ihre Selbstverwaltung teilweise von der mexikanischen Regierung anerkannt, durch spektakuläre Aktionen wie die im Dezember 2012, als zehntau-



Mit viel Gestik erzählte Thomas Peter von der POCH.

sende Zapatistas schweigend durch die Städte Chiapas zogen und damit auch die Macht einer Massenorganisation demonstrierten, muss sich die Begeisterung für sie von staatlicher Seite aus zwingend in Grenzen halten. Im Vortrag wurde uns klargemacht, dass es sich bei der EZLN nicht um eine kommunistische Organisation handelt. Die Basis der Bewegung bilden indigene Bäuer*innen, für die die Landfrage im Vordergrund steht. Enteignungen werden kaum durchgeführt, den Markt auflösen wollen sie ebenso wenig. Dennoch hat diese basisdemokratische Organisation eine starke Anziehungskraft auf viele Linke, augenscheinlich auch auf die Vortragenden. Statt Souvenirs haben sich die beiden jungen Männer bei den Zapatistas Tätowierungen vom Logo der EZLN machen lassen, die sie uns auch stolz zeigten: «Das hält länger als irgendein T-Shirt.»

Im Anschluss hielten wir eine Sitzung der Kommunistischen Jugend Schweiz ab. Vor allem freute uns, dass wir eine neue Sektion aus dem Kanton Waadt in unserer Mitte begrüßen durften. Ebenfalls grossartige Neuigkeiten brachte die Sektion Neuenburg. Ihre Petition für einen kostenlosen ÖV stiess auf grosses Interesse unter Jugendlichen. Die Mitgliederzahlen der Sektion haben sich dadurch vervielfacht, was wir direkt bezeugen konnten durch die Anwesenheit von vielen neuen Genoss*innen.

Zentralistische Student*innenbewegung

Nach dem Mittagessen stellte uns Thomas Peter eine Partei vor, die die Linke in der Schweiz stark geprägt hat, die meisten von uns aber nicht mehr erlebt haben: die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). Ihren Ursprung nahm die POCH in der Basler Student*innenbewegung anfangs der 70er Jahre. Die POCH verstand sich lange als kommunistische Partei, bis 1983 hatte sie den Marxismus-Leninismus sogar explizit in ihrem Programm. Thomas betonte, dass sie noch streng nach dem Demokratischen Zentralismus organisiert war. Die POCH hatte in verschiedenen Deutschschweizer Gemeinden beachtlichen Erfolg bei den Wahlen, in Basel und Luzern erreichten sie zeitweise über zehn Prozent der Stimmen. Auf nationaler Ebene konnte sie zu ihren besten Zeiten immerhin drei Nationalratssitze gewinnen. Die parlamentarische Arbeit war aber nur ein Teil ihrer Aktivitäten, sie baute Massenorganisationen auf wie die Frauenorganisation OFRA, die Lehrer*innengewerkschaft GE und andere. Die Partei verlangte viel: In der Basis musste kontinuierlich eine politische Diskussion geführt werden. Mitglied konnte nur sein, wer aktiv mitmachte. Thomas erzählte lebhaft, wie er zum Unterschriftensammeln für Initiativen von Tür zu Tür gehen oder frühmorgens vor der Fabrik Flugblätter verteilen musste. «Die Arbeiter reiheten sich vor der Fabrik auf. Wenn der Erste das Flugblatt nicht genommen hat, haben es auch alle anderen nicht haben wollen.»



Nachdem Max Ay (Mitte) seinen Vortrag beendet hatte, entbrannte eine hitzige Diskussion.

Ein Grund für den Untergang der POCH in den Neunzigern war der rasante Aufstieg der Grünen Partei. Während die POCH in jahrelanger, mühsamer Arbeit ihren Stimmenanteil um Bruchteile von Prozenten erhöhen konnte, schwangen sich die Grünen fast augenblicklich schweizweit zu einer ernstzunehmenden Kraft auf.

Normalisierte Kaderpartei

Die intensivsten Diskussionen verursachte das Referat vom Sekretär der Tessiner Sektion der PdA, Max Ay. Der Partito Comunista (PC), wie sich die Sektion seit ein paar Jahren nennt, und ihre Jugendorganisation haben regelmässig mit eigentümlichen Äusserungen und Auftritten auf sich aufmerksam gemacht. Mit dem Vortrag über die Strategie des PC wurden diese zumindest etwas begreiflicher. Die Strategie setzt sich aus vier Punkten zusammen: 1. Der PC ist eine Kaderpartei. Nach der Analyse der Tessiner Genoss*innen befinden wir uns heute im Zeitalter des Postfordismus. Unsere Gesellschaft im imperialistischen Zentrum ist in erster Linie eine Dienstleistungsgesellschaft ohne eine in grossen Fabriken konzentrierte Arbeiterschaft. Damit hat die hiesige Arbeiter*innenklasse ihre Rolle verloren. Die Partei muss sich dem anpassen. Sie

soll «statt auf Quantität auf Militanz» setzen. Sie soll Avantgarde-Partei sein und trotzdem dem Volk angehören, indem die Kader in die Massenbewegungen gebracht werden. 2. Es braucht eine «Normalisierung» der Kommunist*innen. Die Wahrnehmung der Bevölkerung gegenüber des PC soll geändert werden, sie soll als kompetent und zuverlässig gelten. Die Normalisierung betrifft auch die Mitglieder des PC: Sie müssen «Demut, Hingabe und Selbstdisziplin» beweisen und dürfen nicht exzentrisch sein. 3. Die Partei muss eine nicht-regierende Regierungspartei werden. Sie muss konkrete Antworten auf Tagesfragen liefern und nicht nur revolutionäre Slogans herausposaunen. 4. Aussenpolitisch muss sich der PC für internationale Kooperation einsetzen. Das bedeutet: «Die Partei soll die richtigen Personen und Unternehmen finden für wirtschaftliche Beziehungen mit den sozialistischen und BRICS-Ländern.» Diese Länder sollen dadurch gestärkt werden und so den «transatlantischen Imperialismus» der USA und EU brechen. Alle Punkte riefen heftige Kritik von der KJ hervor. Irgendwann war aber auch damit Schluss und wir liessen den Abend mit Fondue und Musizieren ausklingen.

Text & Fotos: Kommunistische Jugend Zürich



Am Abend holten junge Genossen aus Neuenburg ihre mitgebrachten Instrumente raus und gemeinsam wurden Arbeiter*innenlieder geschmettert.

WER WIR SIND

Die Kommunistische Jugend Schweiz (KJS) versteht sich als Zusammenschluss von Jugendlichen, die sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Interessen der Arbeitenden und der Jugend. Unsere täglichen Kämpfe verbinden wir mit dem Kampf gegen das gesamte System. Bei uns sind Lehrlinge, Gymi-Schüler, junge Arbeiterinnen, Arbeitslose sowie Student*innen organisiert, die die Idee einer gerechten Welt vereint. Nur gemeinsam können wir erfolgreich für unsere Rechte kämpfen und die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Dafür brauchen wir auch dich. Mach mit in der KJS!

www.KommunistischeJugend.ch
Zuerich@KommunistischeJugend.ch

WAS WIR WOLLEN

Wir wollen alles. Alles was ist, und alles was möglich ist. Und wir kämpfen darum. Heute schon. Etwa um diese Dinge:

Lehre

Die Bosse und Cheffinnen beuten die Lehrlinge gnadenlos aus. Für einen mickrigen Lohn müssen die Lehrlinge die gleiche Arbeit wie die älteren Arbeiter*innen leisten, Überstunden schieben und auch noch die Drecksarbeit verrichten. Wir fordern bessere Löhne für die Lehrlinge, keine überlangen Arbeitstage, keine fachfremden Tätigkeiten während der Lehre, mehr Lehrplätze, eine strenge Kontrolle der Betriebe und längere bezahlte Ferien.

Gewerkschaft

Alleine machen sie dich platt, organisier dich! Das gilt sowohl für die Arbeitenden wie für Arbeitslose - mit oder ohne Arbeitserlaubnis. Ständig werden Stellen eingespart, Löhne und Sozialleistungen gedrückt, das Arbeitsrecht wird aufgeweicht. Mit der Gewerkschaft kann dagegen gekämpft werden. Aber dazu brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaft, die zur Solidarität anstrebt, Streiks führt und nicht vor den Bonzen kuschelt.

ÖV

Die Jugend braucht einen kostenlosen ÖV. Besonders Lehrlinge sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen, um zur Ar-

beit zu kommen. Man macht mit ihrer Arbeit Profit, also kann es nicht sein, dass sie auch noch die Fahrt zur Arbeit selbst zahlen müssen. Darum: Der ÖV gehört für die Jugendlichen kostenlos; zahlen sollen die Chefs und Firmen!

Wohnen

Die Wohnung ist mehr als nur der Ort zum Pennen - da spielen sich soziale Kontakte ab, da holst du deine Freund*innen hin, da feierst du mal 'ne Party. Aber guter Wohnraum ist knapp und teuer. Deshalb fordern wir ein staatliches Wohnbauprogramm, das für günstigen und lebenswerten Wohnraum sorgt. Die Mieten müssen sich am Einkommen orientieren und die Spekulation mit Wohnraum muss beseitigt werden.

Frieden

Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Die internationalen Konzerne lechzen nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt und führen dort immer wieder Raubzüge durch. Mit Phrasen wie «humanitärer Intervention» beschönigen sie ihre Aggressionen. Wir verteidigen deshalb das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen solche Einmischungen. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg wählen - Frieden wird jedoch allein der Sozialismus bringen, auf welchem Weg man ihn auch erreicht.

Ich bestelle ein:

- Probeabo (3 Ausgaben gratis)
- Jahresabo für 20 Franken
- Soli-Abo für 40 Franken

Ich will:

- Infomaterial von der KJ
- einen coolen KJ-Pulli für 30 Franken
- aktiv werden

Adresse

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte
frankieren

Njet! Das kommunistische Jugendmagazin
c/o Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich